

## BOGESTRA - Spitzel unterwegs

Angestellte der Straßenbahngesellschaft kontrollieren studentischen Mitfahrbetrieb

BOCHUM. (BSZ) — Die Bochumer Nahverkehrsmittelgesellschaft BOGESTRA, bei den Ruhr-Studenten wegen ihrer Fahrpreiserhöhungen ohnehin nicht sehr beliebt, erlaubt sich abenteuerliche Methoden. Die BSZ ging dem Hinweis eines Studenten nach, wonach BOGESTRA-Angestellte in Zivil an der Bushaltestelle Markstraße die Kennzeichen von Fahrzeugen notierten, die Anhalter mitnahmen. Wir fragten in einem Telefongespräch Direktor Witz, ob diese Beobachtung zutrefte.  
Witz: „Es ist durchaus möglich, daß so etwas durchgeführt wird. Sie können es uns schließlich nicht verübeln, daß wir uns ein

samen BOGESTRA-Praktiken nicht erschrecken zu lassen: Juristische Folgen können ihnen aus dem Zahl-Werk der Straßenbahner ohnehin nicht erwachsen. Denn es verstößt nicht gegen das Personenbeförderungsgesetz, Anhalter zusteigen zu lassen. Wo nichts Strafwürdiges ist, wird es konstruiert. Direktor Witz hatte sich — Ernst in der Stimme — folgendes ausgedacht: Es sei ihm berichtet worden, daß die Fahrer einiger Wagen, die Anhalter mitnahmen, ein kleines Buch geückt und die (noch gar nicht angetretene) Fahrt notiert hätten. „Wahrscheinlich, um sich das Geld von einer Kasse da an der Universität zurückgeben zu lassen.“

Wer diese Kasse verwalten könnte, mochte er nur ahnen. „Die Studentenschaft hat ja viele Möglichkeiten.“ Daß die Studentenschaft diese Möglichkeit nicht hat, mag viele Kommilitonen beruhigen, die glauben, der Goldtopf wäre an ihnen vorübergegangen. Herrn Witz wird es beunruhigen, denn ihm bleibt nun gar nichts, das er der Studentenschaft anhängen könnte.

Die Unverfrorenheit, die die BOGESTRA bei ihrer Spitzelaktion an den Tag legt, ist sicher nicht dazu geeignet, das Klima zwischen der Verkehrsgesellschaft und den Studenten zu verbessern. Sie ist es so wenig wie die Tatsache, daß die BOGESTRA gegen Studenten mit Strafanzeigen vorgeht, weil sie an den Fahrpreisdemonstrationen teilgenommen hätten.

Wenn man im Verwaltungsgebäude an der Wimmelhauser Straße glaubt, die permanenten Einschüchterungsversuche würden die Studenten dazu bewegen, Busse und Straßenbahnen öfter zu benutzen, dann täuscht man sich.

Die Aktion ROTER PUNKT wird im Sommersemester verstärkt propagiert werden.

## Aufruf

Der Vorstand der Studentenschaft bittet alle BOGESTRA-Demonstranten, die in den letzten Wochen eine Anzeige erhalten haben, sich mit ihm sofort in Verbindung zu setzen. Auch Zeugen werden gesucht. Vor allem für Vorfälle während der zweiten Demonstration am 2. 3. 1968.

Bild vom Umfang des Mitfahrbetriebs machen möchten.“ Auf die Frage, ob es zur Zählung der Anhalter notwendig sei, die Kennzeichen der Wagen zu notieren, die winkende Studenten mitnahmen, antwortete Witz: „Die Form, in der wir das machen, müssen Sie schon uns überlassen.“ Autofahrer brauchen sich durch die selt-

## Ehmann bleibt!

Christoph Ehmann, neuer VDS-Vorsitzender, der 1964 der „Unzucht mit Abhängigen“ im Zustand der Volltrunkenheit für schuldig erklärt und aus der Bundeswehr entlassen wurde, behält sein Amt, obwohl er seine Vorstrafe bei der Wahl verschwiegen hatte. BILD und SPIEGEL hatten Ehmanns Sündenfall aufgedeckt und ihn politisch auszunutzen versucht.

Der VDS-Delegiertenrat, zwischen den Mitgliederversammlungen legislatives Organ des Verbandes, sprach am Dienstag, dem 26. März 1968, nach stundenlangen Diskussionen bei nur fünf Enthaltungen dem VDS-Vorsitzenden das Vertrauen aus. (Siehe auch Seite 2: „Gefummel“.)

## Reformvehikel

BOCHUM. (BSZ) — Der vom Senat eingesetzte Planungsstab der Ruhr-Universität erörtert sich bei Jungakademikern offenbar großer Beliebtheit: mehr als 60 Bewerbungen liegen inzwischen vor. Auf zwei Jahre sollen die Reformgehilfen verpflichtet werden. Die Stiftung Volkswagenwerk beteiligt sich finanziell an dem Werk.  
Der Stab soll nicht nur Material zur Hochschulreform sammeln und der akademischen Selbstverwaltung Entscheidungshelfer sein, indem er eine „Reduktion allgemeiner Vorschläge, etwa des Wissenschaftsrats, auf die konkrete Situation am Ort“ leistet. Er wird zugleich selbst ein Vehikel der Durchführung von Reformen sein.

Das Arbeitspapier des Stabs sieht vor, daß zu zehn zentralen Problemen Arbeitskreise freiwilliger Mitarbeiter gebildet werden, in denen man diskutiert und analysiert. Natürlich wird solchermaßen ein Prozeß angezettelt, der ein bestimmtes Entscheidungsverhalten an der Basis, den Abteilungen, den Fachschaften und den Instituten direkt zur Folge hat, indem die Kommunikation von Reformvorschlägen beschleunigt wird. Der Planungsstab kümmert sich im einzelnen um folgende Probleme:

- Analyse des Studienablaufs
- Optimale Größe und Organisation von Forschungseinheiten
- Gestaltung der Zwischenprüfung
- Finanzierungsformen und Rechnungswesen der Universität
- Organisation der akademischen Selbstverwaltung
- Hochschuldidaktik
- Differenzierung der Lehrveranstaltungen
- Vereinheitlichung von Ordnungen (inneres Hochschulrecht)
- Selbstdarstellung der Universität nach innen und außen
- Zweckmäßigkeit und Umfang von Außenbeziehungen.

## Biedenkopf: NRW soll Initiative ergreifen

In einem Vortrag vor der Gesellschaft der Freunde der RUB warnte Rektor Biedenkopf vor dem drohenden Ende der deutschen Universitäten. Der ungesteuerte Ansturm der Abiturienten auf die Universität müsse abgefangen werden durch eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Universitäten, Fachschulen und Oberschulen, da die Kapazitäten der Universitäten nicht mehr sehr viel vergrößert werden könnten. Da politische Entscheidungen auf diesem Gebiet im Bundestag und in der KMK zu lange dauerten, solle Kultusminister Holthoff in NRW die Initiative ergreifen und die Entwicklung vorantreiben. In seinen weiteren Ausführungen zur Forderung nach Demokratisierung der Universität lehnte er eine drittelparitätische Besetzung von Gremien ab und kündigte an, daß bei einer damit drohenden Politisierung der Universität der Kultusminister die Kompetenzen sofort an sich ziehen werde.

Rektor Biedenkopf plädierte für Änderungen innerhalb der bestehenden Organisationsstrukturen der Universität und lehnte die Einsetzung eines Präsidenten oder eines Kuratoriums an der Spitze der Uni ab.



Am intensivsten wurde während der 20. o. MV des VDS bei der Berliner Delegation diskutiert. BSZ-Photo

## Linksrutsch im VDS

Eindeutiges Bekenntnis zum politischen Mandat

BOCHUM. (BSZ) — Niemand hatte damit gerechnet, auch nicht die prononciert linken Studentenvertreter, daß sich innerhalb eines Jahres ein Erdrutsch im VDS ereignet haben könnte: Erst bei den Abstimmungen über politische Anträge, die der 20. o. MV des VDS in München vorlagen, zeigte sich, wie breit die Front der Verfechter eines politischen Mandats war. Der Verband Deutscher Studentenschaften gelangte in dem Moment, als die Presse von einer Spaltung orakelte, zu einer einheitlichen Willensbildung wie nie zuvor.

Als Indizien dafür mögen einige Sachverhalte angeführt werden:

1. Fast alle politischen Anträge, die in vorsichtig weichen Formulierungen in die erste Lesung gelangten, wurden vom Plenum und (in zweiter Lesung) vom erweiterten Politischen Ausschuß auch inhaltlich verschärft.
2. Der DDR-Antrag, der sich für die Anerkennung des zweiten deutschen Staates einsetzte, wurde von vielen Delegierten als nicht mehr relevant angesehen, da die Zeit des „nationalen Gefummels“ und der „europäischen Onanie“ (Landsberg, Berlin) endgültig vorüber sei.
3. Die Mehrheiten für die Anträge waren stets überwältigend groß.

Es ist möglich, daß einige Delegationen bei ihrem Abstimmungsverhalten in den Sog des allgemeinen Konsensus gerieten. Sie waren nicht entscheidend: Auch mit ihren Stimmen hätte die Rechte (und rechts beginnt hier bei liberal) keine Chance gehabt, ihren Willen durchzusetzen.

Den theoretisch fundierten Ausführungen ihrer „Gegner“ waren sie, bis auf wenige Ausnahmen, nicht gewachsen. Es fehlte ihnen an Köpfen, die über ein durchdachtes Konzept verfügt hätten.

Die Behandlung des Vietnam-Antrages soll hier beispielhaft für andere stehen. Der Antrag ist bemerkenswert wegen seiner eindeutigen politischen Aussagen und weil er die Begründung dafür enthält, warum Studenten zu politischen Problemen Stellung nehmen.

Dazu heißt es in der endgültigen Fassung:

„Wenn Wissenschaft verstanden wird als Mittel zur Selbstbefreiung des Menschen von unbegriffenen Mächten, so hat sie vor allem emanzipatorische Funktion. Um den einzelnen Menschen immer mehr zum Subjekt seiner Geschichte werden zu lassen, muß die Wissenschaft die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ständig in Frage stellen...“

Die universitäre Wissenschaft kann deswegen nur dann über einen Völkermord wie den in Vietnam hinweggehen, wenn sie eine gesellschaftliche Arbeitsteilung akzeptiert hat, in der die einen Subjekt und die anderen Objekt sind.

Damit hätte sich die Hochschule zu einem bloßen Lieferanten von Wissen degradiert, die kein Interesse an der tatsächlichen gesellschaftlichen Verwertung dieses Wissens hat und damit die Wissenschaft selbst von ihrer Dimension, aufgeklärte Selbstbestimmung des Menschen zu ermöglichen, zum bloßen Produktionsfaktor verkommen läßt...“

Es ist deshalb ein „unumgänglicher hochschulpolitischer Schritt des VDS, durch Parteilnahme im Krieg gegen das vietnamesische Volk dem unpolitischen Selbstverständnis der Universitäten entgegenzutreten und die Universitäten an ihre gesellschaftliche Verantwortung zu erinnern.“

Die Delegierten machten diesen Schritt: Sie forderten die US-Regierung auf, „bedingungslos und sofort“ die Bombardements auf Nord-Vietnam einzustellen und befürworteten gar Desertionskampagnen in den Städten, in denen amerikanische Garnisonen liegen. (Fortsetzung auf Seite 3)

Vorlesungsbeginn: 16. April

Belegen, Einschreiben, Rückmelden:

1. April bis 17. Mai

## Pleite bei DGB-Kundgebung

BOCHUM. (BSZ) — Nach der Frustration kam die Überraschung. Etwa 100 Schüler, Studenten und Arbeiter waren der Einladung des Republikanischen Clubs, eines Arbeitskreises von Assistenten und Studenten, gefolgt, nach der Protestkundgebung am 16. März bei einem Glas Bier weiterzudiskutieren.

Die Kundgebung selbst war ein Schlag ins Wasser. Obwohl (oder weil?) der DGB die Organisation übernommen hatte, obwohl erstmals etwa 90 000 Flugblätter in Betrieben, Schulen und an der Universität verteilt wurden, obwohl Busse bereitstanden, die die Demonstranten gratis zum Protestmeeting auf dem Husemannplatz karrten, blieb die Resonanz gering: nur 500 kamen. Und die fühlten sich eher als Zuschauer denn als Teilnehmer.

Niemand wagte, die laue Atmosphäre zu

lichkeiten ergaben, mit Teilen der Arbeiterschaft besser als bisher ins Gespräch zu kommen.

Allerdings konnte in der Diskussion noch keine Lösung dafür gefunden werden, wie die Hemmungen, die auf beiden Seiten solchen Kontakten entgegenstehen, beseitigt werden können. Der Versuch soll aber unternommen werden: Studenten werden beim Schichtwechsel an Bochumer Fabrikatoren zur nächsten Diskussionsrunde einladen, die am Freitag, dem 29. März 1968, 20 Uhr, wieder bei Hasselkuss stattfinden soll.

Nicht erst in der Manöverkritik wurde deutlich, daß das DGB-Establishment in Bochum kaum in der Lage ist, die Wünsche des fortschrittlicheren Teils der Arbeiterschaft akzentuiert zu vertreten. Statt dessen beschränkt es sich darauf — und die Vorgänge um die BOGESTRA-Demonstrationen haben es gezeigt —, den Unwillen zu kanalisieren und ihn so stark ins 1.-Mai-Ritual zu integrieren, daß er wirkungslos wird.

Die Folgen können nicht ausbleiben: zunehmende NPD-Wahlerfolge oder politisches Desinteresse der Arbeiter. Die Krise einer Gewerkschaft, die sich nicht mehr als Kampforganisation versteht, die sich — mit Ausnahme einiger Einzelgewerkschaften — zaghaft zugrunde taktiert, hat sich am 16. März beispielhaft offenbart. -ck

## Schulexperiment in Bochum

BOCHUM. (BSZ) — Die Bochumer Nahder Bochumer Hildegardisschule spielen Versuchskaninchen für eine Oberstufenreform. Die Methoden ihres viersemestrigen Studiums entsprechen denen der Hochschule: Die Schülerinnen wählen ihre Fächer und stellen ihren Stundenplan selbst zusammen. Kultusminister Fritz Holthoff hat derartigen Experimenten seine volle Unterstützung zugesagt, „die Anträge müssen die Schulen jedoch selbst stellen“.



stören. Transparente und rote Fahnen blieben zusammengerollt.

Die Reden waren alles andere als revolutionär. Als der Hauptredner, Wilhelm Matthies, Leiter der Abteilung Nahverkehr im Hauptvorstand der Gewerkschaft OTV, gar noch gegen umgeworfene Straßenbahnen wettete, wurde er ausgepöffelt und durch rhythmische Ho-Tschi-Minh-Ruhe unterbrochen.

Während die Gewerkschaftsbesse mit hängenden Köpfen davonzogen, versammelten sich die Kritiker im Restaurant Hasselkuss zur Nachbesprechung. Das Ergebnis war ermutigend, weil sich für die Studenten Mög-



Durst löscht man mit Schlegel



# Demokratisierungsprozeß in der CSSR

Stephan Bock

Viele Genossen in der CSSR haben in den letzten Tagen und Wochen bewiesen, wie formaler Sozialismus, definiert durch den Wegfall von Privateigentum an Produktionsmitteln, als Basis dafür zu gebrauchen ist, die Verhältnisse am Arbeitsplatz bewußt zu machen und mit allen Beteiligten zu verändern, um eine sozialistische Gesellschaft vorzubereiten.

Der Ausgangspunkt dafür war sehr günstig: War es der Fraktion um Novotny innerhalb der KPC noch vor Monaten gelungen, Widerstand gegen die formal-sozialistische Politik der Partei durch Parteiausschlüsse zu regeln, so zeigte die Kritik der letzten Parteibezirkskonferenzen und der Studentenschaft, daß ein Demokratisierungsprozeß begonnen hatte, der formal nicht mehr zu kanalisieren war. Personelle Veränderungen innerhalb der Partei waren die ersten Anzeichen dieses Prozesses.

Die Kritik der Genossen an der Parteispitze bedeutet eine eindeutige Absage an die Vergangenheit. Viele von ihnen waren unter Stalin zu Zuchthaus verurteilt worden (so z. B. Forstminister Smrkovsky), hatten zusehen müssen, wie die humanitären Ziele des Kommunismus, für die sie unter der Herrschaft des Faschismus ins KZ gewandert waren, immer mehr an Inhalt verloren. Aber sie sahen auch, wie Stalinisten in der Emigration plötzlich zu Kapitalismusverteidigern wurden.

Der Appell Smrkovskys an die Jugend,

noch radikaler, noch revolutionärer zu werden, beweist, wie man die Gelegenheit nutzen will, dem Kommunismus zum Siege zu verhelfen. Aber wenn Smrkovsky sagt: „Wir müssen dafür sorgen, daß nichts geschieht, was zu einer Katastrophe führen könnte. Bitte, halten Sie sich unter Kontrolle. Wenn die Vorgänge in Warschau hier Nachahmung finden würden, wäre das ein schwerer Rückschlag für unsere Arbeit“, so appelliert er gleichzeitig an die revolutionäre Disziplin der Jugend, die für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft notwendig ist, um diejenigen zur Verantwortung ziehen zu können, die sich von den Massen entfernen, aber auch diejenigen, die unter Demokratisierung eine Re-Kapitalisierung verstehen. (Siehe z. B. auch die Reaktion der westdeutschen Presse.)

Für die Kommilitonen in der CSSR besteht nun die Chance, den Widerspruch zwischen der bisherigen Form wissenschaftlicher Forschung und Lehre und einer, die einer sozialistischen Gesellschaft adäquat wäre, durch diesen Demokratisierungsprozeß zu überwinden und die Produktivkraft Wissenschaft gesamtgesellschaftlich zu nutzen. Damit dies unter Beteiligung aller gelöst werden kann, muß die Demokratisierung in nächster Zeit weiter vorangetrieben werden. Es wird aber viel davon abhängen, wie der Kampf der Arbeiter und Studenten in der Volksrepublik Polen, wo für die gleichen Ziele gekämpft wird, ausgehen wird.

# DR-HAMMER Mayonnaise je öfter-je lieber!

## Kultusminister und Rektoren beraten über Hochschulreform

MAINZ. (dpa) — Die Kultusminister der Länder und die westdeutschen Rektoren werden sich auf ihrer ersten gemeinsamen Sitzung am 28. März in Mainz mit Vorschlägen für eine strukturelle Neuordnung des Hochschulwesens und Grundsätzen für ein modernes Hochschulrecht befassen. Die Kultusminister werden an drei Tagen, vom 27. bis 29. März, tagen.

Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen die Koordinierung der Bildungsforschung in der Bundesrepublik, die Änderung der Förderungsgrundsätze nach dem Honnefer Modell und die Vereinheitlichung der Zulassungsbestimmungen für Studienanfänger der Medizin und Zahnmedizin. Außerdem sollen Vorschläge zur Einrichtung und Finanzierung von regionalen Großrechenzentren nach dem Rahmenprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft und ein zusammenfassender Bericht über die bisherigen Reformen der Prüfungs- und Studienordnungen diskutiert werden.

Die Konferenz der Kultusminister erwartet darüber hinaus einen Bericht über Schulversuche und die Vorlage einer Empfehlung des Hochschulausschusses über das Führen im Ausland erworbener akademischer

Grade in der Bundesrepublik. Schließlich soll über die Dauer des Vorbereitungsdienstes für das Lehramt an Gymnasien beraten werden.

### SDS-Jagd in Hagen

Hagen. (BSZ) — Auch in der Pädagogischen Hochschule Hagen ist die Polizei auf SDS-Jagd. Drei Beamte des 14. Kommissariats drangen ohne Erlaubnis des Rektors in das Hochschulgelände ein und forschten nach einem SDS-Flugblatt. Rektor Bethlehem kündigte an, er wollte den Vorfall im Senat der PHs der Bundesrepublik zur Sprache bringen. Reaktion des Polizeipräsidenten: Man habe aus der Aktion gelernt und werde „in Zukunft noch mimosenhafter vorgehen“.

Mit dieser attraktiven Reiseschreibmaschine werden Sie überall bewundert.



ADLER Tippa S

Verkauft durch:

**ADOLF LOEWE**  
BOCHUM  
Kortumstraße 95 - Ruf 6 23 41

## VDS hat sich nicht gespalten

BOCHUM. (BSZ) — Vier Hochschulen haben dem VDS vorläufig den Rücken gekehrt: die Unis Saarbrücken, Karlsruhe, Würzburg und die TH Clausthal. Zur erwarteten Spaltung des VDS ist es also nicht gekommen, obwohl die ASTAs dieser Hochschulen etwa 12% der deutschen Studentenschaft vertreten.

Die ausgetretenen Studentenschaften begründeten ihren Entschluß damit, daß die neue Politik des VDS eine Abkehr von der Charta des Verbandes bedeute. Sie beruhe auf der philosophischen Grundlage des Marxismus, die in eklatantem Widerspruch zur pluralistischen Struktur der deutschen Studentenschaft stehe.

Zu einer heftigen Auseinandersetzung kam es in München, weil die Austritte bereits in einer Pressekonferenz angekündigt worden waren, ehe noch im Plenum der VDS-MV eine Debatte über Fragen des Selbstverständnisses des VDS stattgefunden hatte, und ehe sich die „rechten“ Studentenvertreter in den politischen Diskussionen vorgewagt hätten. Das geschah erst am vorletzten Tag der MV durch den Würzburger ASTA-Chef Zöllner, der sich grundsätzlich mit dem Wissenschaftsbegriff auseinandersetzte, wie er von den linksorientierten Delegierten vertreten wurde.

Von der Karlsruher Studentenschaft wurde die Kündigung der Mitgliedschaft am 13. März 1968 noch einmal motiviert (besonders

im Hinblick auf die Münchener MV): „1.: Der Vorstandsbericht des VDS-Vorstandes wurde von der Mehrheit der VDS-Delegierten als konzeptionslos und unzulänglich zurückgewiesen. 2.: Der Bericht des Überprüfungsausschusses deckte schwerwiegende Mängel auf. 3.: Es kann von der Karlsruher Studentenschaft nicht mehr erwartet werden, daß sie statt für qualifizierte hochschul-, wissenschafts- und bildungspolitische Arbeit einen Beitrag von 16 000 DM in zunehmendem Maße für allgemeine politische Agitation aufbringt. 4.: Das augenblickliche politische Selbstverständnis der Mehrheit der im VDS repräsentierenden Studentenschaftsvertreter gewährleistet keine Zusammenarbeit im Sinne einer pluralistischen deutschen Studentenschaft mehr.“

Vor allem im letzten Teil der Begründung wird deutlich, daß sich der Zorn des Karlsruher ASTA gar nicht gegen die Anwendung des politischen Mandats richtet, sondern gegen die konkreten Inhalte, die diesem Mandat von den meisten Studentenvertretungen zugeteilt werden.



Bei der 20. o. MV des VDS in München waren die Delegierten oft der Erschöpfung nahe.

# Gefummel

Zwei Wochen lang hatten die Spürhunde von BILD und SPIEGEL ihre Nase am Boden. Dann wußten sie's: Der neue VDS-Vorsitzende, Christoph Ehmann aus Marburg, hatte bei seiner Wahl ein Delikt verschwiegen, das ihn ehemals vier Wochen Gefängnis mit Bewährung, Degradierung und Entlassung aus dem nationalen Ehrendienst gekostet hatte. 1964 nämlich hatte der Leutnant im Zustand der Volltrunkenheit „Unzucht mit Abhängigen“ begangen. Verurteilt wurde er auf Grund eines Strafgesetzbuches, dessen Antiquiertheit gerade der SPIEGEL oftmals anprangerte.

Die repressive Funktion des § 175 StGB, der, wie seine Wiederaufnahme in den Strafgesetzbuch-Entwurf der Bundesregierung von 1962 zeigt, einzig dazu dient, „abwegiges“ Sexualverhalten als Durchbrechung gesellschaftlicher Zwangsverhältnisse zu verurteilen, wird vom SPIEGEL übernommen. Nicht weil Homosexualität das bürgerliche Bewußtsein seiner Redakteure kränkte (soviel Borniertheit wollen wir nicht einmal dem SPIEGEL unterstellen), sondern aus politischen Gründen. Und daraus erklärt sich denn auch die gemeinsame Front mit dem Boulevardblatt des Augstein-Partners Springer.

Um den politischen Zweck zu erreichen, nämlich den Rücktritt des Vorsitzenden eines Verbandes, der in seinen Zielsetzungen dem liberalen Oberflächengeplänkel der Hamburger Intelligenz-Postille längst zuwider läuft, schwätzt der SPIEGEL nun auf einmal davon, Ehmann sei „in Unehren aus der Bundeswehr ausgeschieden“. Stellt sich also in eine Linie mit denen, die Homosexualität, und sei sie auch nur „Gelegenheitsdelikt“, als unehrenhaft diffamieren.

**Elektr. Schreibmaschinen**  
Olympia, gebraucht, ab 195,- DM.  
Neupreis war 1500,- DM.  
**Günther Lilie - Bochum**  
Südring 35 - Telefon 6 77 27

BILD klotzte: „Muß der VDS-Chef wieder abtreten?“, der SPIEGEL säuselte subtiler: der VDS-Delegiertenrat müsse „entscheiden, ob Ehmann Vorsitzender bleibt“. Beide sind sie im politischen Clinch unter die Gürtellinie geraten.

Mit Vorbedacht, denn „Ehmann wurde VDS-Vorsitzender, als dieser Verband radikal auf Linkskurs schwenkte“, und das ist Springers wie Augsteins Domestiken allemal suspekt. Daß der VDS-US-Soldaten zur Desertion auffordert, wird nicht mehr an der Ungeheuerlichkeit des Vietnam-Krieges gemessen, sondern am subjektiven Befund, daß Ehmann selbst einst Offizier gewesen. Tschingbum!

Es ist ein schwaches Argument, wenn der SPIEGEL behauptet, Ehmann wäre nicht gewählt worden, wenn er der VDS-MV von seinem „Vergehen“ berichtet hätte. Möglich wär's. Aber das hätte allenfalls davon zeugt, daß sich nicht einmal „Linksradikale“ dem Anpassungsdruck einer auf Repression bedachten Gesellschaft ganz zu entziehen vermögen.

Wenn der SPIEGEL schließlich glaubt, nur mangelhaft informierte ASTAs hätten sich in der letzten Woche zu Solidaritätsadressen bereitgefunden, so müssen wir ihn enttäuschen. Wir sind informiert. Und wir wissen, daß wir Ehmann in München für ein Jahr gewählt haben. Das Gefummel des Vereinigten Pressemonopols interessiert uns nicht. Gerhard Huck

## Keine Schläge für Brandt und Wehner

NÜRNBERG (BED) — Gänzlich verfälscht wurden die Ereignisse zur Eröffnung des Nürnberger Parteitags in der Öffentlichkeit, insbesondere in der Springer-Presse, dargestellt. Wie die Nürnberger Polizei inzwischen mitgeteilt hat, sind Willy Brandt und Herbert Wehner nicht geschlagen worden, sondern lediglich durch das starke Gedränge vor der Meistersingerhalle selbst in Bedrängnis geraten. Diese Richtigstellung der Polizei wurde in fast allen Springer-Zeitungen überhaupt nicht erwähnt.

## Bau von Studentenwohnheimen gefährdet

DARMSTADT. (dpa) — Der Bau von Studentenwohnheimen kann nach Ansicht des Geschäftsführers des Studentenwerks der TH Darmstadt, Reisser, nach dem Fortfall der Finanzierung durch den Bund nicht weitergeführt werden. Das gelte für Neubauten und auch für schon begonnene Projekte. Nach Reissers Mitteilung soll die Finanzierung mit dem Hochschulbau verknüpft und aus dem Jugendförderungsplan gestrichen werden. Der dadurch entstehende Instanzenweg über drei Landes- und drei Bundesministerien lasse den Wohnheimbau in eine Sackgasse geraten.

## Bremer Uni weiter auf Eis gelegt

GÖTTINGEN (dpa) — Der Senat der Universität Göttingen will über den Antrag des Bremer Senats um Patenschaftshilfe bei der Gründung der Bremer Universität erst dann entscheiden, wenn die Konferenz der Ministerpräsidenten der Bundesländer über die Finanzierung der Universität und über die Beteiligung des Bundes Klarheit geschaffen hat. Rektor Professor Dr. Walther Killy teilte dies nach einer Diskussion über den Antrag Bremens im Senat mit.

## Studenten, die ihr Geld vernünftig ausgeben, sind Kunden im Ratio-Markt

Weil Studenten kritisch kaufen. Sie prüfen erst Qualität und Preis, ehe sie ihr Geld ausgeben.

Seit vielen Semestern haben Studenten erkannt, daß sie im RATIO-MARKT günstig kaufen. Denn hier wird kein unnützer Aufwand getrieben. Keine aufwendigen Dekorationen, kein übertriebener Service verteuern die Ware.

Der RATIO-MARKT begnügt sich mit geringen Handelsspannen, bei allen Artikeln, zum Nutzen der Verbraucher, zum Nutzen der Studenten.

# RATIO-MARKT BOCHUM

Hofsteder Straße

Bei RATIO kaufen, heißt mit Verstand kaufen.



# Linksrutsch im VDS

(Fortsetzung von S. 1)

Die Abstimmung brachte die Sensation: Von insgesamt ca. 330 Stimmen wurden nur sieben gegen den Vietnam-Antrag abgegeben bei 71 Enthaltungen. Damit waren die Weichen gestellt für den weiteren Ablauf der MV.

Nach den kräfteaubenden Auseinandersetzungen um Vorstands- und Kommissionsberichte in der ersten Hälfte der Woche drohte den Delegierten in der zweiten Hälfte die Arbeit an der zukünftigen Politik des VDS über die Köpfe zu wachsen.

Sechs Tage lang liefen die Diskussionen in der Münchener IH-Mensa Tag und Nacht weiter. Trotzdem kam man mit dem Zeitplan um 24 Stunden in Verzug. Daß Verhandlungsleiter Klaus Huber dennoch wie vorgesehen die MV am Sonntag, dem 10. 3. 1968, als beendet erklären konnte, war zum großen Teil dem Umstand zuzuschreiben, daß die erwartete Konfrontation mit der Rechten ausgeblieben war.

Sie waren bemerkenswert inkonsequent, als sie, trotz ihrer Ablehnung des politischen Mandats, dem Griechenland-Antrag zustimmte, in dem die Athener Militärdiktatur und ihre Unterstützung durch die USA scharf angegriffen wurden.

Die Rechte schwieg — aus Verlegenheit, weil sie die Ansichten des linken Flügels für schlüssig hielt? Der AStA-Vorsitzende der Universität München versuchte das farblose Taktieren der Rechten dadurch zu erklären, daß sie nicht gewußt hätten, wer ihre Gesinnungsfreunde waren, während sich die Linken bereits aus ihrer Arbeit in den politischen Studentenverbänden bekannt gegeben seien.

Über den „intellektuellen und spirituellen Schwächezustand“ der Rechten erregte sich nachher sogar William S. Schlamm in einem WamS-Kommentar. Niemand von ihnen sei bereit gewesen, aufzustehen und zu sagen: „Wir lieben diese unsere Gesellschaft, wir sind stolz auf sie, und wir werden sie bis zum letzten verteidigen.“

Er hat recht; niemand mochte sich zu solchen Äußerungen bereit finden, denn die Mißstände in dieser Gesellschaft sind auch jenen aufgegangen, die eine Revolution

nicht gutheißen mögen. Daß sie keinen anderen Weg zur Beseitigung der Mißstände wußten, machte in München ihre Hilflosigkeit aus.

Obwohl die politischen Debatten der MV im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen, weil sich an ihnen die Wandlung des VDS zum politischen Kampfverband am ehesten ablesen ließ, war der größte Teil der Arbeit hochschulpolitischen Fragen gewidmet. Das eindeutige Votum der MV für das politische Mandat hat auch hier veränderte Voraussetzungen geschaffen: Man wird im neuen VDS-Vorstand die Hochschul-Konzeptionen des Verbandes unter diesem Aspekt neu durchdenken müssen.

Die Wahl des Vorstandes löste noch einmal langwierige Diskussionen aus. Trotz der Erschöpfung, die sich unter den Delegierten ausgebreitet hatte. Es war in der Tat schwierig, ein Vorstandsteam zu finden, das die Beschlüsse der MV im nächsten Jahr realisieren kann. Vom radikalen linken Flügel stellte sich niemand für ein Amt zur Verfügung, und das aus gutem Grund: Die Arbeit in den Zentren der linken studentischen Bewegung, die gezielte Aktion erscheint den linken Studenten auch weiterhin wirkungsvoller zu sein.

Nach 12 Stunden konnte sich schließlich der neue Vorstand präsentieren, der der gemäßigten Linken zuzuordnen ist: Vorsitzender: Christoph Ehmann, bislang Marburger AStA-Vorsitzender und Präses des VDS-Landesverbandes Hessen, Mitglied der Humanistischen Studenten-Union; Referent für internationale Fragen: Björn Paetzold, AStA-Vorsitzender aus Hamburg, SHB-Mitglied; Sozialreferent: Jürgen Kegler, Heidelberger AStA-Vorsitzender, nicht gruppengebunden; Referent für Studienfragen: Volker Gerhardt, Münster, nicht gruppengebunden.

## „Liberal sam mer, aber net bled!“

MÜNCHEN. (BSZ) — Nachdem die VDS-MV eine Einladung zum Empfang beim bayrischen Ministerpräsidenten abgelehnt hatte und 300 Portionen Leberkäs ungenossen ließ, folgte sie zwei Tage später der Einladung des Münchener Oberbürgermeisters Vogel. Was Vogel nicht ahnen konnte: der Stehempfang, auf anderthalb Stunden angesetzt, wurde zur vierstündigen Diskussion, in der von Honoratioren lächeln und bayrischem Charme nicht mehr viel übrig blieb.

Etwas 100 Delegierte folgten, in hohen Eichenstühlen sitzend, einer Auseinandersetzung, in der der Gegensatz zwischen den radikalen Ansichten der Studenten und den liberalen des OB schnell deutlich wurde. Ständen zunächst konkrete Münchner Polizeiaktionen im Vordergrund, wobei sich der Polizeipräsident zu dem klassischen Satz hinreißen ließ: „Liberal sam

## Hausdurchsuchung bei Indonesiern

TUBINGEN. (dpa) — Scharfen Protest gegen Hausdurchsuchungen bei oppositionellen indonesischen Studenten in Karlsruhe wußten, machte in München ihre Hilflosigkeit aus. Obwohl die politischen Debatten der MV im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen, weil sich an ihnen die Wandlung des VDS zum politischen Kampfverband am ehesten ablesen ließ, war der größte Teil der Arbeit hochschulpolitischen Fragen gewidmet. Das eindeutige Votum der MV für das politische Mandat hat auch hier veränderte Voraussetzungen geschaffen: Man wird im neuen VDS-Vorstand die Hochschul-Konzeptionen des Verbandes unter diesem Aspekt neu durchdenken müssen.

## Wann kommt der Studentenklub?

BOCHUM. (BSZ) — Das Studentenwerk macht darauf aufmerksam, daß die Befreiungsanträge für die Deutsche Studentenkrankenkasse (DSKV), in der jeder immatrikulierte Student durch die Sozialbeiträge versichert ist, innerhalb der von der Universität festgesetzten Einschreib- und Rückmeldefristen gestellt werden können. Befreit werden, laut Versicherungsbedingungen, „Studenten, die auf Grund eigener Pflicht- oder freiwilliger Mitgliedschaft bzw. als Familienangehörige Anspruch auf Versicherungsleistungen der sozialen Krankenversicherung haben“. Mit der Antragstellung sollten die Bescheinigungen der Krankenkassen vorgelegt werden. (Auskunft gibt jederzeit das Personal des Studentenwerks in Baracke 8 während der Sprechzeiten, 10 bis 14 Uhr.)

Der Vorstand hat sich in der letzten Zeit besonders um die Ausweitung seines sozialen Betätigungsbereichs bemüht. Im Studentenwerksausschuß des Studentenparlamentes wurde eine Neuordnung des Krankenversicherungswesens diskutiert. Außerdem ließ er sich über die Bemühungen um einen Universitätsverlag, der speziell den Bedarf an Vervielfältigungen aller Art für den Studienbetrieb befriedigen soll, berichten. Die Einrichtung einer Kindertagesstätte (Kosten rund 120 000 DM) sind endlich sprechreif geworden. Neben der bewährten Studentenfahrtschule, einer Vertragswerkstatt, dem Mitfahrer-

**KENNEN SIE SCHON UNSER EINKAUF-CENTER?**

**L** **WIR FÜHREN:**  
**Ü** **LEHRMATERIALIEN 25 WESTDEUTSCHER GROSSVERLAGE,**  
**P** **STUDIEN-, SCHUL- UND BIJOMATERIALIEN.**

**P** **WISSEN SIE, DASS WIR STUDENTEN NACH VORLAGE**  
**E** **DES STUDENTENAUSWEISES RABATT GEWÄHREN?**

**L** **GERN ERWARTEN WIR IHREN BESUCH.**  
**K** **BOCHUM - WIEMELHAUSER STRASSE 36 a - RUF 3 24 41**  
**G**

## Make love, not Studium

Das Bemühen des Vorstandes in Sachen „Anti-Baby-Pille“ hat bei einigen verständnisvollen Bochumer Ärzten Erfolg gehabt: Sie verschreiben diese Antikonzeptiva auch an nicht verheiratete Studentinnen. Wir bitten nun diejenigen Kommilitoninnen, die Antikonzeptiva nicht bei ihrem Hausarzt bekommen, sich beim Sozialreferenten die Adressen der betreffenden Ärzte abzuholen. Schülerinnen oder deren Freunde erhalten natürlich ebenfalls die benötigten Adressen. Gleichzeitig bitten wir alle Kommilitoninnen und Kommilitonen, unsere Aktion dahingehend zu unterstützen, daß sie ihnen bekannte Ärzte der näheren Umgebung bei uns nennen, die ebenfalls die „Anti-Baby-Pille“ für Schülerinnen und Studentinnen verschreiben.

**INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN**

Kleinstlinsen  
angenehm zu tragen  
unsichtbar · unzerbrechlich

Hagemann

SÜDRING 20

wywias

Schreibmaschinen  
Billige Sonderangebote · Miete-Mietkauf  
Bochum Südring 19 · Ruf 61423

### Berichtigung

(gemäß § 11 des Pressegesetzes): „Frau Hella Schmitz hat niemals unberechtigt verschlossene Studentenzimmer im Roncalli-Haus betreten.“ (Siehe S. 4)

# Tutoren-Ideologie

„Kritisch besehen sind Studentenwohnheime im Augenblick Objekte einer verdrängten nichtstättfindenden Hochschulreform. Die vormalig intendierte Bildungsfunktion der Universität... hat sich verlagert auf eine vorwissenschaftlich autoritäre Erziehung.“ (St. Leibfried: Universität und Disziplinierung der Studentenschaft, in: Atomzeitalter, 5. Mai 1967, S. 261 f.) Nachdem die Universität, die sich mehr und mehr zu einer reinen Berufsausbildungsstätte entwickelt, dem von ihr verlangten Bildungsauftrag nicht mehr gerecht werden kann (das Scheitern des „studium generale“ muß z. B. unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden), bietet sich das in Studentenwohnheimen eingeführte Tutorensystem als Ausgleich an.

In diesem Sinne heißt es in den vom Kultusminister NRW erlassenen Richtlinien für die Durchführung des Tutorenprogramms vom 1. April 1962 unter „Grundsätze des Tutorenprogramms“:

„(1) In den Studentenwohnheimen der wissenschaftlichen Hochschulen übernehmen Tutoren die Aufgabe, im Rahmen des Bildungsauftrags der Hochschulen die Heimbewohner zu verantwortungsbewußtem, mitbürgerlichem Verhalten anzuregen, deren Einsicht in politische Fragen zu fördern und ihre musischen Fähigkeiten zu entfalten...“

„(2) ... Sie (die Tutoren, Verf.) sollen nach Charakter, geistiger Aufgeschlossenheit, Beweglichkeit und Organisationsbegabung zum Umgang mit deutschen und ausländischen Studenten besonders geeignet sein. Für ihren Auftrag ist das gemeinsame Vertrauen von Heimträger, Heimleiter und Heimgemeinschaft Voraussetzung...“

Es zeigt sich: Studentenwohnheime sind keine Hotels, sie haben einen pädagogischen und politischen Auftrag zu erfüllen. Durch die Einfügung in die „Hausgemeinschaft“ soll der Student unter Anleitung eines charaktervollen Jugendführers zum gewünschten Heim- und Gemeinschaftsgeist erzogen werden. Die Gemeinschaftsideologie bleibt lebendig!

Der vorbildliche Tutor beschränkt sich nicht nur auf die Charakterbildung der Studenten, sondern fördert über den rein pädagogischen Auftrag hinaus ihre „Einsicht in politische Fragen“. Es obliegt ihm also auch die politische Erziehung!

Woher bezieht der Tutor nun seine Legitimierung für derart weitreichende Kompetenzen? Der Heimträger beantragt die Bestellung und Einführung eines Tutors beim Rektor (Punkt V der Richtlinien). Der Rektor oder ein vom Senat bestelltes Mitglied des Lehrkörpers, ein von der Studentenvertretung bestimmtes Mitglied der Studentenschaft (möglichst ein ehemaliger Tutor; in Bochum liegt die Bewilligung beim Vorsitzenden der Studentenschaft) und ein Vertreter der örtlichen Hochschulverwaltung bestätigen den vorgeschlagenen Tutor (VI der Richtlinien).

Der vom Heimträger vorgeschlagene Tutor muß zwar die Zustimmung des (vom Heimträger eingesetzten?) Heimleiters und der Heimgemeinschaft finden (Vg der Richtlinien), so daß auf diese Weise ein beschränktes Mitspracherecht der Studenten gegeben ist, es wäre aber sicherlich yer-

messen, beim Tutor von einem Vertreter der Studenten zu sprechen. (Das ist der Heimsprecher, der direkt von den Studenten eines Heimes gewählt wird.) Die Studentenwohnheime werden alle von Interessenvertretern getragen (hauptsächlich vom Staat oder von Religionsgemeinschaften), und diese bestimmen in erster Linie über die Tutoren, die ihren Erziehungsauftrag im Sinne des entsprechenden Interessenvertreters wahrzunehmen haben. Sie üben eindeutig eine Kontroll- und Aufsichtsfunktion aus!

Nicht rationale Einsicht in politische und gesellschaftliche Zusammenhänge, nicht die Umwandlung personaler Autorität (die in den Wohnheimen meist sehr gepflegt wird — siehe z. B. den Artikel über das Hardenberghaus in Nr. 19 der BSZ) in rationale Autorität, sondern die Einübung rein „formaldemokratischer“ Verhaltensweisen mit dem Zweck einer widerspruchsfreien Eingliederung und Anpassung der Studenten in das Gemeinschafts- und Heimleben können die Ziele der Tutorenprogramme sein.

Sie üben in keiner Weise eine kritische Funktion aus. Sie müssen vorrangig den Interessen der Heimträger dienen, und dementsprechend sind die studentischen Heimbewohner der Indoktrination bestimmter Wertvorstellungen und politischer Ansichten durch den Tutor unterworfen. Angesichts dieser Tatsache kann es nur als Vorteil angesehen werden, daß die meisten Tutoren ihre Aufgaben nicht im verlangten Umfang wahrnehmen — wie ebenso das Desinteresse der Studenten an den Tutorenprogrammen in den mit diesen verfolgten Absichten seinen Grund findet.

Welche Bedeutung den Tutoren von staatlicher Seite beigemessen wird, zeigt sich an der erstaunlich hohen finanziellen Unterstützung. Jedem Tutor steht ein monatliches Stipendium von 250 DM zu; außerdem wird vom Träger eines Wohnheimes erwartet, daß er dem Tutor freie Unterkunft gewährt (III der Richtlinien). Für die Durchführung von Veranstaltungen, die „insbesondere der politischen und musischen Bildung der Heimbewohner dienen“, stehen jedem Tutor 750 DM jährlich zur Verfügung (IV der Richtlinien). Den Interessenvertretern der Studenten in den Wohnheimen, den Heimsprechern, werden keine finanziellen Mittel gewährt. Sie sind auf die Unterstützung der Studenten angewiesen, wenn sie Veranstaltungen durchführen wollen. Bei scheinbarer Wahrung der Beteiligung der Studenten an der Selbstverwaltung wird die einseitige Reglementierung durch die Tutorenprogramme in gefährlicher Weise wirksam.

Aus diesem Grunde wenden sich die Vertreter der Studentenschaft gegen das Amt der Tutoren. Die hohe finanzielle Vergünstigung sollte den Heimsprechern als Vertreter der studentischen Heimbewohner zur Verfügung stehen, damit sie ihren Auftrag wirksamer als bisher wahrnehmen können. Ein Teil des Geldes könnte zur Durchführung der Studienselbsthilfeprogramme, die sich als immer dringlicher erweisen, weit aus sinnvoller und mehr zum Nutzen der Studenten verwendet werden.

Carla Boulboullé

# Springer ist nicht Springer

Jeder Schachspieler hat zwei Springer zur Verfügung, die sich zum Verwechseln ähnlich sind. Auch im Verlagswesen gibt es zwei Springer, die zwar nichts außer dem Wort »Springer« gemeinsam haben, aber eben deshalb oft verwechselt werden.

**Kennen Sie den Unterschied?**

Der Springer-Verlag Berlin · Heidelberg · New York wurde vor 125 Jahren gegründet und steht mit seinen Büchern und Fachzeitschriften ganz im Dienste der Wissenschaft; er gibt weder Tageszeitungen noch Illustrierte heraus. Sein Verlagssignet ist das Springerpferd des Schachspiels.

Der andere heißt Axel Springer Verlag GmbH und wurde 1947 in Hamburg gegründet. Zwischen den beiden Verlagen bestehen *keinerlei* verwandtschaftliche oder wirtschaftliche Verbindungen.



**Springer-Verlag Berlin · Heidelberg · New York**

# Ordnung, Sauberkeit, Disziplin: Analyse eines Mietvertrags

Der folgende Kommentar von Lothar Lorenz setzt sich mit dem neuen Mietvertrag auseinander, den der Studentenheimbauverein des Roncalli-Hauses seinen Mietern zur Unterschrift vorlegte (vgl. BSZ Nr. 20):

Die folgende Kritik am vorliegenden Mietvertrag erhebt nicht den Anspruch der Objektivität. In der Interpretation der Vertragsformulierungen mutiert jedoch die Neutralität des Nichtjuristen zu konstruktiver Subjektivität, welche die Chance einer objektiven Gesamtbeurteilung erkennen läßt.

Die Anwendung der Begriffe „Vermieter“ und „Mieter“ offenbart den Grundcharakter des Vertrages. Wird schon in der „Präambel“ ein „brüderliches Miteinander“ lediglich unter den Mietern, nicht aber zwischen Mieter und Vermieter gewünscht, so heben die Formulierungen des Vertrages den Schleier eines Miteinanders, welches den Mietern vorzutauschen die christlichen Vermieter nicht müde werden, geben Einblick in die Struktur der direkten Abhängigkeit, verhöhn ehrliche Wünsche nach Zusammenarbeit und beweisen autoritäre Vorstellungen sowie einen heiminternen Totalitarismus. Über pseudodemokratischen Organen der „Heimgemeinschaft“ schwebt der große Bruder, von Zeit zu Zeit seine Hilfswilligen einsetzend.

Die Nennung der beiden Vertragspartner im Mietvertrag offenbart (nach subjektiver Interpretation), daß der Mieter in den schriftlich festgelegten Handlungsmöglichkeiten, zwölf an der Zahl, neunmal zu subjektiv für ihn nicht günstigen Handlungen gezwungen werden kann, während für den Vermieter in allen acht Formulierungen ein für ihn vorteilhaftes Verhalten festgelegt ist.

Diese einfache Statistik zeigt den repressiven Charakter des Vertrages. Sie wird unterstützt von der inhaltlichen Analyse,

welche durch Vermietung der Aula, durch Tutoren- und andere Veranstaltungen entstehen, führen zu Reparaturen, deren Kosten auf die Mieter abgewälzt werden könnten.

Bei begründetem Anlaß ist dem Hauswart und dem von ihm beaufichtigten Personal jederzeit das Betreten des Zimmers gestattet. Den Anlaß begründet nicht der Mieter. Fristlose Kündigung, vom Vermieter mit „schwerer Pflichtverletzung des Mieters“ begründet, zwingt den Mieter zum sofortigen Auszug und zur Weiterzahlung der Miete einschließlich der Umlage bis zum vertraglich festgelegten Ende der Mietzeit, obwohl dieser in der folgenden Zeit das Zimmer nicht bewohnt, weder Wasser noch Strom verbraucht, und obwohl in der Regel das Leerzimmer sofort weitervermietet werden kann. Doppelte Einnahmen für den Vermieter und soziales Elend für den Einkünftigen: mögliche Konsequenzen des von den Hütern eines anachronistischen Normensystems und selbstgerechten Gerechtigkeitsgefühls vorgelegten Vertrages. Weiterhin sieht der Mietvertrag eine Weitervermietung einzelner Zimmer vor. Hier kann der Mieter zu seinem eigenen Vorteil aktiv werden, da er für den Fall der Weitervermietung seine Zustimmung geben muß. Die Möglichkeiten jedoch, nach der einer der Mieter sein Zimmer in Eigeninitiative zur Verfügung stellen kann, sei es für kurze Zeit, vielleicht kostenlos, ist vertraglich nicht vorgesehen.

Obwohl in der Regel nur Straftäter, Soldaten, Arbeitslose und andere „outsider“ des Bürgertums der Meldepflicht der westdeutschen Normensphinx unterliegen, wird

**Renault 4:**  
Sie übertreiben nicht,  
wenn Sie ihn für  
unvergleichlich  
halten.

Jetzt mit 4-Gang-Getriebe,  
moderner Kühlergrill,  
5 Türen, Einzelradfederung,  
5,5 l/100 km.  
Preis: DM 4.400,- verzollt a.W.  
einschl. Mehrwertsteuer



**RENAULT 4**  
Auto-Wedel GmbH  
4630 Bochum  
Herner Straße 221-223  
Telefon 6 06 24

## Entrüstung

Nach unserem Bericht über die Mieterhöhung im Roncalli-Haus (BSZ Nr. 20) produzierten die Betroffenen heftige Entrüstung. In einem Punkt mußten wir uns berechnen lassen: Die Mieterhöhung wurde in zwei Sitzungen des Kuratoriums beraten und schließlich mit den Stimmen der studentischen Kuratoriumsmitglieder einstimmig beschlossen; die Heimbewohner wurden von der zu erwartenden Mieterhöhung unterrichtet. Zu fragen wäre, ob die Heimbewohner die Gelegenheit hatten, mitzubestimmen, oder ob man sie unter Wahrung formaldemokratischer Spielregeln zu Befehlsempfängern degradierte. Über der Berichtigung von Detailfehlern in unserer Berichterstattung vergißt der Heimbewohner des Roncalli-Hauses mitzuteilen, was es denn mit dem neuen Mietvertrag auf sich habe. Es steckt eine gehörige Portion Zynismus darin, zu behaupten, die Heimbewohner seien zu „einer Unterzeichnung des neuen Mietvertrags keineswegs gezwungen worden“. Es war die Freiwilligkeit der Genötigten, die sie, bis auf einen, veranlaßt hat zu unterschreiben; andernfalls hätten sie sich zum 1. April nach einer neuen Wohnung umsehen müssen. Einen schwerwiegenden Vorwurf müssen wir mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen: Wir hatten geschrieben, Frau Hella Schmitz, zweite Vorsitzende des Studentenheimbauvereins, habe, unbefugt, verschlossene Zimmer im Roncalli-Haus betreten. Da es aber, wie man uns belehrte, im Ermessen des Vermieters liegt, die Gründe zu bestimmen, die es gestatten, verschlossene Zimmer zu betreten, kann gar kein Fall eingetreten sein, in dem sie dazu nicht berechtigt war. Mit vollem Recht fühlt sich Frau Schmitz deshalb durch unsere Behauptung beleidigt. Wir kommen der Bitte von Frau Schmitz, gemäß § 11 des Pressegesetzes eine Berichtigung zu veröffentlichen, gerne nach: „Frau Hella Schmitz hat niemals unberechtigt verschlossene Studentenzimmer im Roncalli-Haus betreten.“ Um den etwas verschwommenen Sinn des Satzes deutlich zu machen: es soll damit nicht ausgedrückt werden, daß es unberechtigt verschlossene Zimmer im Roncalli-Haus gibt.

Die Redaktion

# Apertura a sinistra

Delegiertenkonferenzen von LSD und SHB

Bochum. (BSZ) — Genosse Trend ist am Werk. Die Linkstendenzen der politischen Studentenverbände in der BRD sind nicht aufzuhalten. Nachdem die HSU bereits im Dezember vergangenen Jahres ihre Pluralismus-Konzeption über Bord geworfen und sich mit ihrem neuen Aktionsprogramm in die Nähe des SDS begeben hatte, konnte man auch bei den Bundesdelegiertenversammlungen des LSD und des SHB im letzten Monat einen merklichen Linksrutsch beobachten.

Nach den Worten des neuen LSD-Sprechers Frank von Auer will der LSD zwar nicht auf einen Bruch mit der FDP drängen, künftig aber „weniger im Vorhof der Partei“ als vielmehr in der außerparlamentarischen Opposition tätig werden und mehr als bisher zur politischen Bewußtseinsbildung der Studenten beitragen. Die LSD-Delegierten beschlossen, künftig nur noch einen Vertreter ihres „radikaldemokratischen“ Hochschulbundes zu den FDP-Vorstandssitzungen zu entsenden, wenn dieser Vertreter auch anschließend im LSD über diese Sitzung berichten dürfe.

Scharf verurteilten die Delegierten die Vietnam-Politik der USA und erklärten sich mit dem Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes solidarisch.

Die 9. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) war, wie nicht anders zu erwarten, gekennzeichnet durch die Frage: wie halten wir es mit der SPD? Diese Fragestellung war vorbereitet durch verschiedene Vorgänge. Einmal durch die Zusammenstöße zwischen Polizei und Studenten gerade in Städten mit sozialdemokratischer Führung. Neben den Rechtsaußen der Partei in Berlin waren besonders Hamburg und Bremen in Erinnerung geblieben. Sodann durch die Enttäuschung in der Hochschulpolitik, hervorgerufen dadurch, daß auch in den Ländern mit SPD-Kultusministern eine Hochschulreform nur entweder in die falsche Richtung oder gar nicht in Gang gekommen war.

Das wichtigste aber war die allgemeine Entwicklung der BRD zu einem autoritären Staat, der die SPD-Führung in Bonn sich nicht nur nicht widersetzt, sondern die sie zum Teil aktiv unterstützte (Pressekonzentration, Notstand, Parteigesetz, um nur drei Dinge zu nennen). Die Zündung für dieses Pulverfaß lieferten dann kurz vor Beginn der Versammlung die Parteiausschlüsse, zunächst gegen Gerull und vier Falken in Berlin. Schon in den Begrüßungsreden der Eröffnungsveranstaltung wurde das Problem berührt. Die erschienenen Bundestags- und Landtagsabgeordneten fanden kaum Interesse, auch Willi Eichler, federführend beim Godesberger Programm und SHB-Ehrenmitglied, nicht. Das jüngste SHB-Ehrenmitglied, Jürgen Gerull nämlich, stand den Delegierten offensichtlich näher.

Eindeutiger Höhepunkt der Eröffnungsveranstaltung war das Erscheinen zweier Vertreter des tschechoslowakischen Studentenverbandes, die mit minutenlangem Beifall begrüßt wurden. Die Delegierten bekundeten damit klar, in welche Richtung ihre gesellschaftspolitischen Sympathien gingen. Die anschließenden Beratungstage in Frankfurt-Höchst ließen dann bald zwei Fraktionen erkennen. Die eine, angeführt durch den Landesverband Berlin, wünschte die Trennung von der SPD und wollte zu diesem Zweck sogar den Bundesvorstand abschaffen, damit keiner mehr mit der Partei reden könne. Die andere, stärkere, zu der sich auch die vier Bochumer Delegierten rechneten, sah jenseits der SPD keinen Aufgabenbereich für den SHB, da die dort notwendige politische Arbeit vom SDS gut

bewältigt werde. Vielmehr wollte diese Richtung die Funktion des SHB als Transmissionsriemen zwischen der außerparlamentarischen und der parlamentarischen Politik erhalten wissen.

Das bedeutete nicht, daß dieser Flügel besonders SPD-freundlich gewesen wäre. Das bekam als erster Hessens Kultusminister Schütte zu spüren, der die Versammlung besuchte. Auf die Ausschlußverfahren in Berlin angesprochen, meinte er: „Da müßt ihr natürlich energisch protestieren.“ Die Delegierten sahen nicht ein, wieso sie, und nicht auch der Genosse Schütte. Der Bundesvorsitzende Erdmann Linde, Soziologiestudent aus Bochum, schlug Schütte kurzerhand vor, den Solidarisierungsbrief des SHB an Jürgen Gerull zu unterschreiben. Als Schütte sich weigerte, verließen die Delegierten den Saal.

Wie eine Bombe schlug einen Tag später die Nachricht vom Ausschluß der Genossen Ristock und Beck ein. Es erhoben sich die ersten Stimmen, die einen Abbruch der BDV und eine Demonstration in Nürnberg beim SPD-Parteitag forderten. Der zweite Mann des SPD-Bezirks Hessen-Süd, Olaf Radke, rief von derlei Aktionen dringend ab. Aber er gab den Delegierten die Gewißheit, daß es in der SPD auch noch andere Kräfte gibt als die Gesinnungsgenossen von Schütz und Mattick. Speziell für die anwesende Presse formulierte er den Satz: „Wer jetzt mit solchen Ausschlußverfahren arbeitet, arbeitet in einem totalitären System mit Genickschüssen.“ Ohne Zögern unterschrieb er den Brief an Gerull.

Anders wiederum verlief ein Hearing mit dem 2. Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Martin Hirsch. Als ihm die Frage der Fragen und der Brief vorgelegt wurden, wich er aus und meinte, es ginge nicht an, daß Gerull dem gewählten Bürgermeister Schütz SED-Methoden unterstelle. Dem Einwand, „wenn's aber doch stimmt“, wußte er nichts entgegenzusetzen, er enthielt sich aber einer Distanzierung von den Ausschüssen. Daraufhin brach der Versammlungspräsident unter dem Beifall der Delegierten das Gespräch ab.

Inzwischen blieb die Beratung der über 60 Anträge in der Diskussion über das Verhältnis zur Partei und über eine Aktion in Nürnberg stecken. Als die Berliner und Hamburger am dritten Tag ihren Plan durchsetzten, durch eine gewaltlose Aktion in Nürnberg den Parteitagteilnehmern vor Augen zu führen, daß sie sich mit Ristock und den anderen von der Zukunft der Partei trennten, war noch kein Antrag verabschiedet. Als die Zeit für den Aufbruch nach Nürnberg gekommen war, waren es trotz Tag- und Nachtberatung fünf. Die Behandlung des Restes und die Neuwahlen wurden auf Anfang Mai vertagt.

Die Veranstaltung in Nürnberg wäre fast ein Erfolg geworden, was viele Delegierte für unmöglich gehalten hatten. Es war gerade gelungen, mit den Mitgliedern des Parteipräsidiums ins Gespräch zu kommen und ihnen einiges Material zu übergeben. In diesem Augenblick stürmten die Nürnberger Rockers, einige ganz wenige Vertreter der gleichzeitig stattfindenden Notstandskundgebung, und die NPD diesen Eingang der Meistersingerhalle. Der SHB trat den Rückzug an. Daß es sich bei den Stürmern zu einem großen Teil um NPD-Mitglieder handelte, die es auf Tüchtigkeit anlegten, ist nicht nur durch die späteren Erklärungen von Schiller und Brandt, sondern auch durch die Versuche, die bekannten kleinen NPD-Aufkleber auf den Plakaten des SHB anzubringen, belegt. In der deutschen Berichterstattung, vom Fernsehen über Springer bis zur Zeit, wurde es gar nicht oder nur am Rande erwähnt.

Graphische Betriebe Moderne Chemigraphie  
Verlagshaus  
**Laupenmühlen & Dierichs**  
4630 Bochum Hüttenstraße 3-5 Telefon 3 30 43

Alles unter einem Dach von der graphischen Gestaltung bis zum hochwertigen Klischee und farbigen Druckwerk — sprechen Sie bitte unverbindlich mit unseren Fachleuten über Ihre Vorstellungen und Wünsche

**Das Haus L+D für Leistung im Druck**

welche sich nicht an juristischen Halbwahrheiten, sondern realen Möglichkeiten und deren Konsequenzen hält.

Da das Mietverhältnis erst mit dem Ablauf der Zeit, für die es eingegangen wurde, endet, ist eine Kündigung ohne besonderen Anlaß seitens des Mieters nicht möglich. Diese Kündigung ist allein dem Vermieter vorbehalten, denn er entscheidet über Erneuerung oder Nichterneuerung des Mietvertrages. Kein Passus klärt den Mieter darüber auf, für welche Fälle ihm bei pflichtbewußtem Verhalten die Verlängerung vorenthalten werden kann, bis wann ihm die Nichtverlängerung mitgeteilt werden wird.

Für die Regulierung von Schäden, die durch nicht ordnungsgemäße Benutzung des Gebäudes und seiner Einrichtungen entstehen und für die kein „Schuldiger“ gefunden werden kann, haben die Heimbewohner, also jeder Mieter, mit ihrem Pfand zu haften. Größere Abnutzungen und eventu-

der Mieter durch den Vertrag verpflichtet, sich abzumelden, wenn er für längere Zeit das Haus verläßt. Durch den Vertrag demaskiert sich die offizielle Heimchristlichkeit selbst. Kontrollierende Vermieter und verpflichtete Mieter sind die Antipoden.

Der Vermieter bemüht sich nicht nur nicht, sondern weigert sich, dem einzelnen Studenten in seiner studentischen Arbeit und bei seiner Entwicklung zur Gesamtpersönlichkeit zu helfen. Die Aufgabe, welche dem Vermieter eine christliche und ethische Pflicht sein sollte, nämlich die der Anerkennung der studentischen und persönlichen Freiheit und der Förderung der Eigeninitiative und Selbstverwirklichung des Studenten wird negiert.

Der vorliegende Mietvertrag ist das Damoklesschwert für alle Mieter. Seine Inschrift heißt: Ordnung, Sauberkeit, Disziplin. Wachend über Moral, Sitten und Freiheit der Heimbewohner, liegt es fest in der Hand des Vermieters.

<b>Holl. Poularden</b> gefroren Handelskl. A 500 g <b>1.59</b>	<b>Holl. Hähnchen</b> gefroren Handelskl. A bratfertig 500 g <b>1.59</b>	<b>Holl. Erbsen, fein</b> zarte Qualität 1/1 Dose <b>1.08</b>	<b>Holl. Edamer</b> Kugelkäse 40 % Fett i. Tr. 200 g <b>.98</b>	<b>Holl. Kondensmilch</b> 7,5% Fett sahnig-frisch 411-g-Dose <b>.59</b>
<b>Bananen „Cabana“</b> 1. Wahl, goldgelbe Früchte 500 g <b>.49</b>	<b>Schinkenspeck o. Schwarte</b> mild geräuchert 100 g <b>.98</b>	<b>Holl. Blätterteig-Gebäck</b> aus feinsten Zutaten jede Packung <b>.98</b>	Aus frischen Schweineschinken:	
<b>Mortadella</b> herzhafter Aufschnitt 100 g <b>.54</b>	<b>„Van-Netten“ Schokolade</b> Vollm., Vollm.-Nuß, Zartbitter, je 100-g-T. <b>.55</b>	<b>Holl. gefüllte Kakao-Doppelkekse</b> Rolle <b>.98</b>	<b>*Schweine-Rollbraten</b> besonders mager 500 g <b>3.78</b>	<b>*Schweine-Schnitzel</b> zart und saftig 500 g <b>4.28</b>
<b>... auf alle Angebote erhalten Mitglieder Rückvergütung!</b>				
<b>Holl. Geheimratskäse</b> 48% Fett i. Tr. 320-g-Stück <b>1.98</b>	<b>Holl. Hühner</b> gefroren, Handelsklasse A, kochfertig 500 g <b>1.48</b>	<b>Diogenes-Marken-Liköre</b> Mocca, Erdbeer, Kirsch-Whisky je 0,5-l-Fl. <b>3.95</b>	<b>* In allen Läden mit Frischfleisch-Abteilung</b>	
<b>Holl. Brechbohnen I „COROOS“</b> aus fadenfreier Züchtung 1/1 Dose <b>.79</b>	<b>Holl. Stuten</b> nach orig. holl. Rezept gebackt. ca. 500 g <b>.88</b>	<b>Allwaschmittel</b> 3-kg-Tragetasche reicht für 60 bis 70 kg Trockenwäsche <b>4.75</b>	<b>Frische deutsche Champignons</b> 250 g <b>.98</b>	

# K O N S U M

**Der Kritische Blick allein genügt nicht!**



**SIE BRAUCHEN AUCH DEN FACHMANN-SIE BRAUCHEN KEIL & KATH TEPPICHE UND GARDINEN BOCHUM, BONGARDSTR. 24/28**

## Freiwillige Selbstkontrolle der Naturwissenschaftler

BOCHUM. (BSZ) — Am 19. Juni 1967 hatten 40 Professoren der Naturwissenschaften an Regierung und Landtag von Nordrhein-Westfalen einen Protestbrief geschrieben. Seit Jahren warteten sie nun auf den Beginn des Lehrbetriebs; wenn es so weitergehe, müsse mit Abwanderungen gerechnet werden. Dieser „Brief der zornigen 40“, damals vom Senat unterstützt, außer vom damaligen Rektor Greeven, der aus taktischen Gründen nicht mitmachen wollte, hatte Erfolg.

„Erst seitdem“, erklärte kürzlich während einer Pressekonferenz der Mineraloge Prof. Otto W. Flörke, „ist überhaupt ein langfristiger, modifizierter Baustufenplan festgelegt worden, der auch verbindlich ist, so daß wir darauf unsere akademische Planung aufbauen konnten.“ Vorher waren ständig, 22mal insgesamt, Termine und Prioritäten geändert worden.

Die Naturwissenschaftler haben die Zeit in der Tat gut genutzt. Die Abteilungen IX bis XVIII bildeten auf freiwilliger Grundlage einen Koordinierungsausschuß, dem alle hauptamtlich in diesen Abteilungen arbeitenden Habilitierten angehören. Zwar kann der Ausschuß nur gemeinsame Empfehlungen aussprechen, doch sind seine aktivsten Promoter Prof. Flörke und der Mathematiker Prof. Ehlich, von dem Ergebnis höchst angetan. „Praktisch werden die Empfehlungen von allen Dozenten ohne Widerstand respektiert. Wenn Sie wissen, wie schwer es normalerweise ist, rund 80 Akademiker unter einen Hut zu bringen, können Sie das gar nicht hoch genug einschätzen.“

Im einzelnen kümmert sich der Ausschuß um folgende Probleme:

1. Er erreichte eine eindeutige Kompetenzfestlegung, wer in der Universitätsverwaltung und im Staatshochbauamt für die laufenden Planungen verantwortlich ist.
2. Die Naturwissenschaftler üben „freiwillige Selbstkontrolle“. Bezugstermine (ab

Herbst 1968) sowie die künftige Nutzung der Gebäude werden nur mit Rücksicht auf die jeweils anderen Abteilungen festgelegt. Eigenmächtiges Handeln einzelner an den Kollegen vorbei (ein Grundübel akademischen Selbstverständnisses) unterbleibt.

3. Vorläufig für das WS 1968/69 und das SS 1970 arbeitete Prof. Ehlich einen Unterrichtszeitplan aus, der den Studenten eine optimale Zeiteinteilung und eine optimale Nutzung der vorhandenen Hörsäle, Seminare und Praktika garantiert. Lehrveranstaltungen sollen im Prinzip auf den Vormittag gelegt werden, und zwar so, daß sich wichtige Veranstaltungen nicht überschneiden und die Studenten alle möglichen und wünschenswerten Kombinationen wählen können“, sagt Prof. Ehlich. An dem Kunststück hat er zwei Monate gearbeitet.

Definitive Studienpläne wollen die Naturwissenschaftler so lange nicht festlegen, wie noch keine Studenten da sind. „Die Sache muß ehrlich sein. Wir brauchen die parlamentarische Kontrolle der Studenten.“ Das ist die feste Meinung von Prof. Flörke. Im übrigen hoffen die Naturwissenschaftler, daß ihr methodisches Planen auch bei den geisteswissenschaftlichen Kollegen eines Tages Schule macht.

**Ein grundsätzliches Wort sei an dieser Stelle erlaubt: Bei den Bochumer Naturwissenschaftlern hat man regelmäßig das sympathische Gefühl, daß sie die Probleme beherzt lösen, wo andere nur den Teufel an die Wand malen. Obwohl auch sie weiß Gott die Schwierigkeiten eines Massensstudiums auf sich zukommen sehen (die bei den Mathematikern schon jetzt bestehen), dreschen sie nicht auf Esel ein, die niemand sieht. Von dieser Seite jedenfalls kamen bisher keine Vorschläge zum Numerus clausus, keine Panikmache, in fünf Jahren sei die Hochschule „kaputt“, und kein Plan, die Universität zu Zuchtanstalten zu machen...**

dr.

# Thesen zur Hochschulreform

ASTA-Chef Zimmermann: Universität muß allen offenstehen

1. Solange die Universitäten sich nicht bewußt gemacht haben, daß sie in der Existenzform des 19. Jahrhunderts, mit dessen Zielvorstellungen und Arbeitsmethoden, keine Zukunftschancen mehr haben, wird jede weitere administrative Maßnahme nichts als ein Zeichen verdränger Todesahnung sein.
2. Wenn die Universitäten ihre Rolle in der Gesellschaft nicht früh genug selbst begreifen und innerhalb ihrer Autonomie ihre Verantwortung für die Entwicklung der Gesellschaft und deren Bedürfnisse selbst wahrnehmen, werden sie ihre Zwecke endgültig ganz handfest von der Gesellschaft gesetzt bekommen. Von einer Gesellschaftsideal des 19. Jh. profitiert, noch an einer kritischen Distanz zu sich selbst interessiert ist, sondern die mehr noch als viele der hürten Reformredner unserer Universitäten die Wirtschaftlichkeit, Effektivität der Investition als oberstes Motiv nennt und den output angelernter Wissenschaftler als Erfolgsziffer verabsolutiert.
3. Wissenschaft als die methodische Suche nach den Wirklichkeiten und Möglichkeiten unseres Daseins soll durch kritische Rationalität gegenüber dem Vorgegebenen die Voraussetzungen für die Humanisierung des menschlichen Zusammenlebens schaffen. Eine Wissenschaft, die ihre Wirkung innerhalb der Gesellschaft nicht in ihr Selbstverständnis einbezieht, und die Momente ihrer Fortentwicklung allein aus ihrer immanenten Ordnung, aus der Suche nach einer Wahrheit zu gewinnen wähnt, die weitgehend frei sei von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, ist letztlich inhuman, da sie um so sicherer bestimmten unkontrollierten Zwecken verfällt und objektiv nur der Perfektionierung der bestehenden Herrschaftsapparate dient.
4. Wissenschaft im Massenbetrieb ist nicht der Tod, sondern die Lebensaufgabe der Universitäten. Kritische Wirkung in der Gesellschaft kann die Universität nicht erreichen, wenn sie sich in den Elfenbeinturm elitären Denkens zurückzieht. Nur durch Hereinziehen immer größerer Kreise der Gesellschaft in den Wissenschaftsprozess, nicht durch deren Abschieben auf idiotisierende Fachschulen, kann die Universität die emanzipatorische Funktion der Wissenschaft zur Wirkung bringen.
5. Ungeachtet der Unkenrufe vom Überfluß an Wissenschaftlern muß die Universität nicht nur das gleiche Recht aller auf Bildung und auf freie, aber fundierte Entscheidung über deren Richtung durchsetzen, nicht nur den steigenden Bedarf an wissenschaftlich fähigen Arbeitskräften decken helfen, sondern sie selbst muß mit ihrer Arbeitsrichtung die Verwissenschaftlichung aller Bereiche der Gesellschaft betreiben und dafür weitere Kräfte mobilisieren.
6. Darum kann es nicht heißen: Fernhalten der Abiturienten durch eine Universitätsprüfung, die noch stupider ausfallen muß als das Abitur, sondern Reform der Gymnasien, um die Schüler zu selbständigem Arbeiten zu befähigen.

Darum keine Aufteilung in Fachschulen, keine Trennung in unwissenschaftliches Kurzstudium und elitäres Langstudium, keine Befristung und Verkürzung der Studienzzeit unter dem Druck der Wirtschaft und ihres Wissenschaftsrates, sondern volle Unterstützung aller Ausbildungswilligen und Reform der Universitätsdidaktik. Darum keine Zwischenprüfungen und Studienordnungen, die nur das lückenlose Herausziehen von Schwachen und die Normierung der Gedankentätigkeit bezwecken, weil diese Korsette die Wissenschaftlichkeit längst erdrückt haben.

Es gilt, den Anspruch wissenschaftlichen Denkens an alle zu stellen, die nur erreichbar sind, und dafür Arbeitsformen und -methoden zu finden, die eine möglichst frühe und umfassende Mitarbeit aller Interessierten an der Forschung gewährleisten; nicht als rezeptive „Erfahrung“ von Wissenschaft, sondern als eigenes wissenschaftliches Erarbeiten von Voraussetzungen, Methoden und Ergebnissen.

7. Die derzeitige Organisation der Universität ist auf dem Wege zu beweisen, daß die autoritäre Hierarchie in der Verwaltung der Wissenschaft einer aus rationaler Kritik entwickelten Reform nicht nur feind ist, sondern sie tatsächlich unmöglich macht. Eine wissenschaftliche Institution, die nicht

mehr auf Privilegien und politischer Unmündigkeit beruht, sondern mit der wissenschaftlichen Arbeit aller ihrer Mitglieder die Humanisierung der Gesellschaft anstrebt, kann nur auf jener Gleichberechtigung aller Beteiligten aufgebaut werden, die Grundlage sowohl der wissenschaftlichen Diskussion wie auch der Demokratie ist. Die Verbesserung der alten Herrschaftsstrukturen ist der letzte Schritt auf einem Holzweg. Der erste Schritt der Wissenschaft in ihre gesellschaftliche Verantwortung ist die Demokratisierung der Universität.

R. Zimmermann

### Berichtigung

(gemäß § 11 des Pressegesetzes): „Frau Hella Schmitz hat niemals unberechtigt verschlossene Studentenzimmer im Roncalli-Haus betreten.“ (Siehe S. 4.)

Irrtümlicherweise berichtete die BSZ in der letzten Ausgabe, daß der Rektor 18 000 DM pro Jahr Aufwandsentschädigung erhält. Der Rektor wäre froh, wenn er soviel bekäme.



**Contacta Institut**

Heinen-Brillen Bochum Kortumstr. 45 I.Et.  
Anpassung unsichtbarer Augengläser  
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen  
des bewährten Systems Müller-Welt

## Technische Hochschulen werden „Technische Universitäten“

HANNOVER (dpa) — Die Technischen Hochschulen Hannover, Braunschweig und Clausthal werden voraussichtlich in Kürze die Bezeichnung Technische Universität erhalten. Der niedersächsische Kultusminister Richard Langeheine hat die Umbenennung in den Entwürfen für vorläufige Fassungen der drei Hochschulen vorgeschlagen, die dem Landeskabinett jetzt zur Beschlussfassung vorgelegt worden sind. Langeheine betonte dazu, daß die Verfassungsentwürfe das Tor zum Mitwirkungsrecht der Studenten in Gremien der Hochschulen öffneten. Für eine Übergangszeit von etwa zwei Jahren sollten die vorläufigen Fassungen auf dem Wege des Erlasses in Kraft gesetzt und gleichzeitig eine Kommission mit deren Weiterentwicklung beauftragt werden.

## Antikommunismus feiert fröhliche Urständ

Frohlockten schon BILD-Redakteure in der Hoffnung auf ein zweites Budapest, so kam gerade von den ungarischen Genossen eine Grußbotschaft, in der sie der KPC viel Erfolg bei ihrem Demokratisierungsprozeß wünschten. Aber bei BILD & Co. feiert der Antikommunismus weiterhin fröhliche Urständ: Dort würden Kommilitonen ihre Freiheit und ihr Leben aufs Spiel setzen für „Freiheit und Demokratie“, während hier Dutschke und seine Anhänger die Freiheit mit Füßen träten. Eines verschwiegen die Retter „unserer“ Demokratie allerdings: Daß es dort weder um die Rückkehr kapitalistischer Heiligtümer noch um den Sieg der Freiheit der Herrschenden ging. So diente wieder einmal eine Auseinandersetzung dort als Feigenblatt für eigene Zustände.

(B—k)

## Frankreich: 514 000 Studenten Krise im Hochschulwesen

PARIS. (akd) — Die Rekordzahl von rund 514 000 Studenten, die im Studienjahr 1967/1968 immatrikuliert sind, hat zu einer offenen Krise im französischen Hochschulwesen geführt, die Erziehungsminister Alain Peyrefitte selbst vor der Öffentlichkeit erläutert hat.

Peyrefitte wies in einer Pressekonferenz allerdings darauf hin, daß es nicht die Absicht der Regierung sei, den Zustrom zur Hochschulausbildung zu bremsen. „Wir beabsichtigen, die Expansion der Hochschulbildung fortzusetzen“, erklärte der Minister unter anderem, „gegenwärtig erreichen 13 Prozent eines Jahrgangs die Hochschule... Ich wünsche, daß dieser Anteil weiterwächst

und 20 Prozent, vielleicht eines Tages 50 Prozent erreicht.“

Die Krise hat nach Peyrefittes Ansicht ihren Ursprung nicht in der Studentenzahl, sondern in der paradoxen Struktur des Hochschulwesens und der damit zusammenhängenden Verteilung der Studenten.

### Trouble um Wenke

BOCHUM. (BSZ) — Einen Fehlgriff leistete man sich in Marl, als man Professor Hans Wenke in die Jury des Adolf-Grimme-Preises berief. Prompt gab es Unruhe: in Bochum und in Hamburg (dort beim RCDS!). In Marl ist man nicht glücklich, aber man wird „die Zähne zusammenbeißen und versuchen, mit dem angeschlagenen Professor über die Runden zu kommen“ (Recklinghäuser Zeitung).

Über einen Brief des ASTA-Chefs Zimmermann ärgerte sich Rektor Biedenkopf. Zimmermann hatte Prof. Wenke einen Senatsbeschuß mitgeteilt, wonach es an der Ruhr-Universität nicht zulässig sein soll, „daß akademische Lehrer Studierende von Lehrveranstaltungen ausschließen, zu denen sie auf Grund allgemeiner Voraussetzungen zugelassen sind“. Nach Biedenkopf war dieser Beschuß allgemeiner Natur und stand mit dem Hamburger Fall Oberlecher-Wenke in keinem direkten Zusammenhang.

Nach der Neuwahl des erweiterten Vorstandes der Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität sitzt Zimmermann neben Wenke in diesem Gremium. Die Wahl erfolgte in cumulo; die studentischen Vertreter stimmten dem Wahlvorschlag nicht zu.

## Kluge Köpfe machen jetzt Nägel mit Köpfen.

# 31.3.

Denn: Bei der Landesbausparkasse können Sie ein halbes Jahr gewinnen, wenn Sie vor dem 31.3. beginnen.

Selbst wenn Sie zunächst nur mit kleinen oder kleinsten Bausparraten anfangen, sollten Sie den 31.3. nicht verpassen. Sie können es sich dann bis zum Jahreschluß immer noch überlegen, ob Sie mehr bausparen wollen, um das Eigenkapital schneller anzusammeln und die vollen Steuer- oder Prämienvorteile auszunutzen. Für den Zeitgewinn kommt es zunächst auf das Abschlußdatum an.

Und wenn es auch viele nicht wahrhaben wollen: Zeit kostet Geld und wer Zeit gewinnt, gewinnt Geld! Nehmen wir nur einmal an, Sie wollten mit unserem

Baugeld zu 5% eine höher verzinsliche Hypothek ablösen. Je eher Sie es tun, desto größer ist Ihr Gewinn. Haben Sie sich hingegen entschlossen, ein Haus zu bauen, zu kaufen oder zu verbessern, dann kann es erfahrungsgemäß ohnehin nicht schnell genug gehen.

Wenden Sie sich deshalb vor dem 31.3. an uns. Wir sind immer in Ihrer Nähe - mit eigenen Beratungsstellen und durch die öffentlichen Sparkassen.

WESTFÄLISCHE Landesbausparkasse DIE BAUSPARKASSE DER SPARKASSEN



**Olympia**  
Schreibmaschinen  
Sonderangebote - Miete - Mietkauf  
WYWIAS- Bochum - Südring 19

**Keine Befristung**  
FREIBURG (dpa) — Die Freiburger Universität hat beim baden-württembergischen Kultusministerium beantragt, die Zehn-Semester-Klausel in der Verordnung über die wissenschaftliche Prüfung für das Lehramt an Gymnasien außer Kraft zu setzen, weil sie in einzelnen Fächern aus finanziellen und personellen Gründen den Studenten keine Ausbildung zusichern kann, die ihnen den erfolgreichen Abschluß ihres Studiums nach zehn Semestern erlaubt.



# BSZ-Leser antworten

## A propos: Zöpel

Betr.: „Aktionen müssen schlüssig sein“ (BSZ Nr. 20).

Zöpel hat recht, wenn er meint, daß Aktionen schlüssig zu sein haben und daß Demonstrationen sich verschleifen, wenn sie nicht als Propädeutikum für politische Zielsetzung transparent sind.

Jenes Propädeutikum am 5. Februar, das studentische Go-in in den Senat aus Protest gegen dessen Berufung und Einführung Kestings, war trotz richtig gewähltem Zeitpunkt mißlungen: auch da ist Zöpel zustimmen. Richtig ist auch seine Behauptung, AStA-Chef Zimmermann habe sich unschlüssig verhalten. Niemand war darob zerknirschter als Zimmermann selbst, obgleich er nur begriff, daß er etwas, nicht was er falsch gemacht hatte.

Nun, wie steht es mit Senatssprecher Zöpel? Verhielt er sich schlüssig? Er war beleidigt, daß ich ihm Zweideutigkeit unterstellte. Nehme ich's also zurück: Zöpel verhielt sich schlüssig. Aber für wen?

Nach dem Prinzip der Parteilichkeit, das ja wohl umfassender sein dürfte als das der Sachlichkeit, da bei jeder Sache zunächst zu fragen ist, wem sie nützt (was ich einem politischen Kopf vom Format Zöpel doch wohl nicht noch auseinandersetzen muß), nach dem Prinzip der Parteilichkeit also kann jemand) wenn zwei sich in den Haaren liegen ob einer strittigen Sache, nur einem Herrn dienen. Nimmt Zöpel für seine Aktionen Schlüssigkeit in Anspruch,

so schließe ich: er diene Herrn Biedenkopf und seinen Spießgesellen, nicht dagegen den auf Demokratisierung der Ruhr-Universität pochenden Studenten.

Zöpel unternahm nichts zur Korrektur von deren verfahrener Aktion, sondern trug sein Scherlein bei zu deren Lächerlichmachung und Verurteilung.

Der Senat darf am laufenden Band ins Fettnäpfchen treten: Zöpel schweigt dazu vornehm, dichtet ihm im Gegenteil gar imponierende Schritte zur Demokratisierung der Berufsfrage an. Was sind denn, mit Ausnahme des selbst in der Juristischen Abteilung höchst angefochtenen Breland-Dilcher-usw.-Entwurfs, bisher für Vorschläge gemacht worden?

Nehmen wir nur den der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung heraus. Zöpel ist doch Student der Wirtschaftswissenschaften. Hat man dort je etwas von einem sich dagegen verwehrenden Zöpel gehört, daß im Namen seiner Abteilung deren Ordinarien Studenten generell für inkompetent zur Berufungsmittelbestimmung erklären? Als aufrechter Demokrat hätte er sich mit solchen Herren nicht mehr an einen Tisch gesetzt. Zöpel hat Partei ergriffen! Spekuliert darauf, daß es einmal seine Partei sein könnte?

Was ist Zöpel: Ein Arschloch oder ein Wehner? Beides! Klaus Dillmann

\*Ann. d. Red.: Dillmann spielt hier auf eine Bemerkung Willy Brandts an, wonach Wehner, wenn er mit CDU-Partnern verhandle, erst einmal alle anderen Sozialdemokraten zu Arschlöchern erkläre.

## Auf zur Baracke!

In der Baracke 8 stapeln sich Plakate, Broschüren und Zeitschriften, die schwer ans Volk zu bringen sind, weil die technischen Voraussetzungen fehlen. Wer an den Theaterspielplänen des Reviers oder an den Programmen der Volkshochschulen interessiert ist, sollte sich öfter einmal zu einem „go-in“ entschließen.

Berechtigungsscheine für Karten für Kammerspiele können weiterhin in Baracke 8 (Sekretariat) abgeholt werden. Der Vorstand verhandelt zur Zeit über die Einführung von Studentensemesterrabonements. Außerdem sind für das Sommersemester Sonderaufführungen für Studenten geplant. Stadtrat Dr. Ronte, der sich für Studentenpreisvergünstigungen bisher stark eingesetzt hat, wird dem Stadtparlament die Wünsche des Vorstandes vortragen und Verhandlungsangebote unterbreiten.

Da es an der Universität — horribile dictu — immer noch keinen Zeitungs- und Zeitschriften-Lesesaal gibt, wird sich der Vorstand der Studentenschaft bemühen, bei der anstehenden Erweiterung seiner Räumlichkeiten auch einen Klubraum einzurichten, in dem die neuesten Presseerzeugnisse ausgelegt sind. Bis zur Verwirklichung dieses Planes bitten wir alle Interessierten, sich in der Baracke 8 nach kostenlosen Fachzeitschriften zu erkundigen. Eine Liste wird gerade vorbereitet.

## Aufgeschnappt

„Komm, sanfter Frühlingswind, so leis' und lind...“

(Der Student Hermann Steindreisler am 23. 3. 1968 — singend — im Mensa-Restaurant, die weil der Rektor in der Mensa zur Gesellschaft der Freunde sprach).

„Amerikas Bild muß zwiespältig und verwirrend wirken. Aber die wahre Haltung der meisten Europäer ist nicht die der wenigen obskuren Demonstranten.“ (Exkanzler Erhard beim Besuch in Washington zu Präsident Johnson).

„Stoppt Dutschke jetzt! Sonst gibt es Bürgerkrieg.“ (Schlagzeile der Deutschen National-Zeitung und Soldaten-Zeitung vom 22. 3. 68).

„Hier tut sich einiges! Seit die Bücher-sendung hier eingetroffen ist, beschäftigen sich unsere Genossen mit Jesus wie nie zuvor! Vielen Dank!“ (Aus einem Brief des Marburger SDS an den Schriftsteller Kurt Berna, der auch die Bochumer SDS-Gruppe mit Büchern über die Kreuzigung Jesu versah).

„Der Orgasmus mit einer Katholikin verdirbt jeden Sozialisten.“ (Dr. Sonntag, Assistent am Soziologischen Institut.)

... gleich neben der Mensa **IHRE BUCHHANDLUNG BROCKMEYER**  
 463 BOCHUM-QUERENBURG  
 Lennerhofstraße 70 - Ruf 51 13 60

Europäische Marken-Teppiche **US VERKAUF**  
 Führendes Haus in Western-Bekleidung  
 Twen Shop Bekleidung für junge Leute  
 Rücklaufbestände der US-Armee  
 H. PETERMANN  
 Dortmund - Helle 9 - Telefon 52 39 52  
 Bochum - Rathausplatz 8 - Telefon 6 69 39  
 Wuppertal-Elberfeld - Robert-Daum-Platz - Telefon 51 19 59

## Ich nötige, du nötigst...

Bochum. (BSZ) — Nachdem die ersten Proteststürme gegen die Fahrpreiserhöhung verebbt sind, nachdem die erhoffte Wirkung ausgeblieben ist, holen Polizei und BOGESTRA zum Gegenschlag aus. Die dabei angewandte Taktik ist dem derzeitigen Obrigkeitsstaat adäquat.

Man hat nicht nur die Semesterferien als Zeitpunkt der Anzeigen gewählt, sondern man versucht nun auch, all diejenigen, die sich bei den Demonstrationen in irgendeiner Weise engagiert haben, als Rädelsführer zu „entlarven“.

Ihnen lastet man unter anderem das Delikt der Nötigung an, weil sie — wie die meisten Teilnehmer an den Fahrpreisprotesten — Straßenbahnen und Busse an der Weiterfahrt behinderten.

Die Obrigkeit will Ungehorsam in abschreckender Weise ahnden, will Exempel statuieren. Dabei ist die Begründung für die angeblich begangenen Straftaten höchst fragwürdig: Man zieht dazu § 240 Abs. 2

SIGB heran, sieht also Behinderungen des öffentlichen Verkehrs in dieser Weise als „verwerflich“ an.

Wer abschrecken will, muß sich schon einzelne Rädelsführer herauspicken. Aber das Beispiel Berlin hat gezeigt, wohin es führt, wenn sich die Studentenschaft spalten läßt in „Rädelsführer“ und „Mittläufer“. Wir dürfen den bösartigen Versuch der BOGESTRA, der kleinkarierten politischen Führung dieser Stadt und der Polizei nicht unbeantwortet lassen!

Deshalb fordern wir unsere Kommilitonen auf, sich mit den Angezeigten solidarisch zu erklären und die untenstehende Selbstanzeige unterschrieben in der Baracke 8 abzugeben. (Übergabe an die Staatsanwaltschaft erfolgt erst bei mindestens 100 Selbstanzeigen.)

## Stirbt die HFG?

### Kooperationsgespräch abgelehnt

STUTTGART. (dpa) — Die Hochschule für Gestaltung in Ulm hat die Einladung des baden-württembergischen Kultusministeriums zu Gesprächen über einen Kooperationsplan zwischen ihren Vertretern und Vertretern der Staatlichen Ingenieurschule Ulm mit der Begründung abgelehnt, der Vorschlag des Kabinetts, die HFG und die Ingenieurschule zusammenzufassen, sei für die Hochschule unannehmbar. Das Kultusministerium stellte dazu fest, die HFG habe sich bis heute noch nicht darüber ausgesprochen, wie sie nach ihren Vorstellungen künftig aussehen und was sie kosten solle.

Damit bleibt weiterhin ungeklärt, ob die HFG, wie von Dozenten und Studenten angekündigt, im September zu existieren aufgehört wird.

Ich, \_\_\_\_\_, wohnhaft in \_\_\_\_\_  
 (Vorname, Nachname)  
 \_\_\_\_\_  
 Straße Nr. \_\_\_\_\_, mit zweitem Wohnsitz in \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_  
 Straße Nr. \_\_\_\_\_  
 versichere hiermit, während der Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhung am 2. März 1968 um \_\_\_\_\_ Uhr in der Nähe der BOGESTRA-Haltestelle Hauptbahnhof - Massenbergstraße - Schauspielhaus - Rathaus\* eine Straßenbahn / einen Omnibus\* an der Weiterfahrt gehindert zu haben.  
 \_\_\_\_\_  
 (Unterschrift)  
 \* Nichtzutreffendes streichen.

## Baracke

immer wieder baracke epizentrum einer revisio-bewegung und das bei dreißig grad zimmertemperatur kein schwein hält das aus aber schweine sollten sich verbinden (klaus dillmann) doch hier ist

keine clearing-stelle hier sitzen nur frustrierte in trapperuniform und keilnerstremenhosen und dazwischen die frischfröhlichen sekretärinnen auf bessere tage verweisend als morgen vierfüßig im monat und manchmal durchzug vor der tür ein umgekippter roter farbtop doch einer kriegt sechsfüßig im monat (der farbtopfumkipper) Ann. d. Red.:

Dieses Poem wurde an einem frustrationsreichen Nachmittag von Stephan Bock unter Anwesenheit von Raoul D. Huebner verfaßt. In der Baracke.

## Klage hatte Erfolg

WÜRZBURG (dpa) — Die Zweite Kammer des Verwaltungsgerichts Würzburg hat auf die Klage eines Studenten, der vom Prüfungsausschuß der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Würzburg bei einem Notendurchschnitt von 3,3 die Gesamtnote 4 erhalten hatte, gegen eine „freie Auslegung“ der Prüfungsordnung entschieden.

Die Ansicht des Prüfungsausschusses, daß Studenten, die in einem Fach „nicht ausreichend“ erhielten, nur dann die Gesamtnote befriedigend erhalten können, wenn ihr Notendurchschnitt 3,0 beträgt, wurde vom Gericht verworfen und der Prüfungsentscheid aufgehoben. Der Prüfungsausschuß muß neu entscheiden.

# WESTFALENBANK IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle Ruhr-Universität Lennerhofstr. 70 Tel.: 511315

Zweigstelle Bochum-Querenburg Overbergstr. 7 Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen. WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum Huestraße 21-25

### SCHAUSPIELHAUS BOCHUM Hans Schalla

SCHAUSPIELHAUS 10. HAUPTKONZERT PERIKLES, FÜRST VON TYROS

EIN IDEALER GATTE DIE FLEDERMAUS (G)

ELEKTRA (G) ROSENKRANZ UND GOLDENSTERN

DIE HEIRATSKOMÖDIE

WEEKEND IM PARADIES

WALLENSTEIN 11. HAUPTKONZERT

### KAMMERSPIELE

GESPENSTER DER ARCHITEKT UND DER KAISER VON ASSYRIEN DAS FEUERWERK

7. KAMMERKONZERT VIEL LÄRM UM NICHTS

Beginn der Vorstellungen: 20 Uhr, sofern nicht anders angegeben. Karten für Studierende 50 % ermäßigt. Anrechscheine auf Eintrittskarten sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa). (G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier, Gelsenkirchen.

### SPIELPLAN für die Zeit vom 28. März bis 20. April 1968 Änderungen vorbehalten!

28. 3. (Do.), 29. 3. (Fr.) 30. 3. (Sa.), 1. 4. (Mo.), 8. 4. (Mo.), 20. 4. (So.), 18.30 Uhr 31. 3. (So.) 2. 4. (Di.), 10. 4. (Mi.), 11. 4. (Do.), letzte freie Vorstellung 3. 4. (Mi.), 9. 4. (Di.) 4. 4. (Do.), 5. 4. (Fr.), 13. 4. (Sa.), letzte freie Vorstellung 6. 4. (Sa.), 15. 4. (Mo.), zum letzten Mal 7. 4. (So.), 14. 4. (So.), 16. 4. (Di.), zum letzten Mal 17. 4. (Mi.), Premiere 18. 4. (Do.), 19. 4. (Fr.)

30. 3. (Sa.), 9. 4. (Di.), 11. 4. (Do.) 31. 3. (So.), 7. 4. (So.), 20. 4. (Sa.) 1. 4. (Mo.), 6. 4. (Sa.), 8. 4. (Mo.), 15. 4. (Mo.), zum letzten Mal 4. 4. (Do.) 19. 4. (Fr.), Premiere

# MOSKAU —

ein „Blow up“?\*

Portugal — Caparica Flugreise, 15 Tage Vollpension DM 745,-

Finnland — Jagdhüttendorf Bahn-/Schiffsreise, 22 Tage DM 467,-

Tschechoslowakei — Zivohost Bahnreise, 15 Tage Vollpension DM 219,-

Rumänien — St. Gheorghe Flugreise, 14 Tage Vollpension DM 429,-

Polen — Sowjetunion Bahn-/Flugreise, Warschau — Leningrad — Moskau, 15 Tage Vollpension DM 595,-

England, London — Oxford Busreise, 6 Tage Halbpension DM 138,-

Balkanländer Bus-round-tour, 15 Tage Halbpension DM 598,-

Rhodos St. Raphael

Riva (Gardasee) Mallorca

Korsika Teneriffa

Costa del Sol Portugal (Algarve)

Fordern Sie dreist das neue Sommerprogramm 1968 an! \* Prüfen Sie es doch selbst

DEUTSCHER STUDENTEN-REISEDIENST AUSLANDSSTELLE DES DEUTSCHEN BUNDESSTUDENTENRINGES GMBH 5300 Bonn - Dietkirchenstraße 30 - Telefon 3 10 11

Beratung und Buchung bei: Student-Reisedienst beim Studentenwerk Bochum e. V., 463 Bochum, Lennerhofstraße 66, Baracke 8 (noben der Mensa), Telefon 51 14 57

Besser geht's mit Coca-Cola



COCA-COLA und COKE sind eingetragene Warenzeichen für ein und dasselbe allbekannte koffeinhaltige Erfrischungsgetränk.

## Bochumer Studenten Zeitung

Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (Reinhard Zimmermann, Stephan Bock, Carla Boulboullé, Gerhard Huck) Auflage: 7000 Exemplare Redaktionelle Leitung: Gerhard Huck Technische und redaktionelle Beratung: Ulrich Dröge Anzeigenleitung: Christine Schipplack Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anschrift: 463 Bochum, Lennerhofstr. 66 (Ruhr-Universität), Telefon 51 18 55 Bankverbindung: Westfalenbank AG, Kontonr. 906 859 Druck und Klischees: Laupenmühlen & Dierichs, Bochum, Hüttenstraße 3-5, Telefon 3 30 43 Alle Rechte beim Universitätsverlag Bochum (Studentenwerk Bochum e. V.), 463 Bochum, Lennerhofstraße 66, Tel.: 51 14 57.

# Extrablatt!

# ATTENTAT AUF DUTSCHKE

Am vergangenen Donnerstag um 16.30 Uhr wurde Rudi Dutschke beim Verlassen des SDS-Zentrums auf dem Ku-Damm in Berlin durch drei Pistolenschüsse lebensgefährlich verletzt. Die Schüsse waren in Brust, Gehirn und Gesicht eingedrungen. Nach mehrstündiger Operation meinten die Ärzte, es würde sich erst nach mehreren Tagen herausstellen, welche Schäden der Hirnsteckschuß verursacht habe. Der Täter hatte sich nach kurzer Flucht in einem Keller versteckt und wurde nach einem einstündigen Feuergefecht mit der Polizei verletzt. Über seine Person sind bisher nur Name und Alter bekannt: Josef Bachmann, 23.

Gleich nach Bekanntwerden des Attentats fanden sich in Berlin, Frankfurt, Essen, Bonn, München und Bochum die Studenten zu spontanen Demonstrationen zusammen.

Heute demonstrieren französische Studenten vor der deutschen Botschaft in Paris.

In Bochum hatten sich am Donnerstagabend um 23 Uhr rund 200 Demonstranten vor dem Bahnhofsgebäude versammelt.

In Berlin zogen etwa 3000 Menschen nach einer Versammlung in der Technischen Universität zum Springer-Hochhaus. Sie drückten im Erdgeschoß Fensterscheiben ein und drangen ins Foyer des Springer-Hauses vor. Eine Garage wurde in Brand gesetzt. Die Polizei vertrieb die Demonstranten mit Wasserwerfern und Gummiknüppeln. Zwei Studenten wurden krankhausreif gefahren, als ein BILD-LKW in die Demonstranten fuhr.

Unterdessen vollzog sich ein makabres politisches Schauspiel: Kiesinger sandte ein Telegramm an Dutschkes Frau, und Bürgermeister Neubauer, Urlaubsvertreter von Klaus Schütz, eilte ins Krankenhaus, um sich nach dem Befinden des schwerverletzten Dutschke zu erkundigen.

Hatten die Schuldigen ein schlechtes Gewissen, daß sie so schnell reagierten? Diejenigen, die seit Monaten eine systematische Hetze gegen politische Minderheiten betreiben, sind heute erschrocken, weil alle Welt weiß, daß ihnen die Pogromstimmung in Berlin zu verdanken ist.

Nach einer friedlichen Vietnam-Demonstration, an der etwa 14000 Menschen teilgenommen hatten, zettelte der Berliner Senat eine Gegen-demonstration an. In dieser vom Senat bestellten Kundgebung kam die ganze Hyrterie der Berliner Politik zum Ausbruch.

Der Regierende Bürgermeister hetzte in seiner Rede auf dem Kennedyplatz die Massen gegen

die Studenten auf: anschließend kam es zu Ausschreitungen. Völlig Unbeteiligte wurden verprügelt, wenn sie nur wie Studenten aussahen. Die Polizei stand tatenlos daneben. Der Verwaltungsangestellte Lutz-Dieter Mende (25) berichtete nachher:

„Ich hatte fürchterliche Angst. Sie schrien: Schlagt ihn tot, hängt ihn auf. Sie meinten mich. Ich geriet in das brüllende Menschenknäuel und wurde zum zweitenmal niedergeschlagen.“

Der ärztliche Befund: Eine Schädelprellung, eine Rißwunde an der linken Augenbraue, Prellungen am ganzen Körper, eine Verstauchung des linken Fußgelenkes. Der Angestellte war nur deshalb geschlagen worden, weil er von der aufgehetzten Masse für den verhassten Rudi Dutschke selbst gehalten wurde.

Der gleiche Berliner Senat, der die schweren Polizeiausbreitungen im Juni des vergangenen Jahres auf dem Konto hat, der den Tod des Studenten Benno Ohnesorg verschuldete, nimmt sich heute die Frechheit heraus zu behaupten, er habe diese Form des politischen Kampfes nicht gewollt.

Wie viele Studenten müssen noch sterben, ehe die Öffentlichkeit einsieht, daß die „Demokraten“ in unserem Land mit faschistischen Methoden jede Demokratie zerstören?

Es hat einen Grund, daß die Studenten in den beiden vergangenen Nächten vor die Springer-Häuser gezogen sind. Springer publiziert heute: 32 % aller Tageszeitungen, 90 % aller Sonntagszeitungen, 16 % aller Publikumszeitschriften (Illustrierten) und 88 % aller Jugendzeitschriften. Springer ist so mächtig, daß er Meinungen manipulieren und abweichende Meinungen unterdrücken kann. In Berlin besitzt er praktisch das Presse-Monopol. Die Verdummungsmaschinerie

des Springer-Konzerns wird eingesetzt, um das herrschende politische System zu stützen und Demokratisierung zu verhindern.

Am Donnerstag trugen Demonstranten in Berlin Transparente mit der Aufschrift: BILD hat mitgeschossen!

Der Tod von Benno Ohnesorg, das wissen wir jetzt, war kein Einzelfall. Auch die Falschmeldungen und Lügentiraden der Springer-Blätter sind nicht zufällig. Sie sind konsequenter Ausdruck einer Politik, die Prügelknaben braucht (Juden, Neger oder Studenten), um ihre eigenen Machenschaften zu verdecken.

In den USA ist der Mord an dem Führer einer politischen Minderheit (Bürgerrechtsbewegung) gelungen; in West-Berlin ist ein Mord versucht worden. Mit politischen Morden hat sich auch in der Weimarer Republik der Faschismus angekündigt.

Die Schuld liegt nicht bei den Attentätern, wer diese auch immer sind. Sie liegt bei denen, die sie verführt haben.

## Mitbürger von Bochum!

Heute, 12 Uhr, auf dem Husemannplatz

## Kundgebung

zum Mordanschlag auf Rudi Dutschke

Es sprechen u. a.:

OB Heinemann, Rektor Prof. Dr. Biedenkopf,  
SPD-MdB Liedtke, Prof. Dr. Jaeggi,  
Prof. Dr. Bahr, van Berg (DGB),  
Zimmermann (AStA)

# DIE STUDENTENMÖRDER

**Ach der Karfrieden  
wo die Vögel in der Aprilsonne  
aufwachen  
kein Kind stört die Ruhe  
keine Stimme bricht die Stille  
Oh Freitag der Bürger  
trotz eurer Stille  
ist bei euch nichts unmöglich  
keine Blindheit  
kein Verbrechen  
ihr habt schon alles getan**

**Wenn ich euch  
die Wahrheit  
ins Gesicht sage  
bedeckt ihr mein Gesicht mit Steinen**

**und wenn ich eure gute Stube durchlüften will  
verbrennt ihr meine**

**Und wer euer Leben versichern will  
dem nehmt ihr das Leben  
ihr habt ihn am Donnerstag mit drei Schüssen genagelt  
(vorher habt ihr ihn in der Kirche geschlagen)  
und kommt  
der Karfreitag  
dann betrauert ihr den Mord  
und verflucht die Mörder  
die es wie ihr schon  
vor zweitausend mal zweiundfünfzig Donnerstagen  
gemacht haben  
und die Orgel im Hochamt  
als Verheißung am Ostersonntag  
gibt eurer Trauer jetzt schon einen schönen Klang**

**Aber Ruhe Schweigen  
weckt den Sterbenden nicht  
damit er nicht erwache**

**Elena Hochman  
(Übersetzung aus dem Spanischen)**